

Die „Vollswacht“
ersch. wöchentlich 4 Mal
am 12. und 13. Nachm.
Expedition, Neue Str. 11, 11/12,
aus dem Buchhändler zu beziehen.
Preis 1/2 Mark jährlich 2.50,
pro Woche 50 Pf.
Durch die Post bezogen 2.75,
incl. des Post 2.90,
wo keine Post am Ort, 3.12, S. S. 4.

Vollswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verantwortlicher
Redakteur
Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
15. Jahrgang
Königsberg, den 7. Okt. 1909.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 234.

Donnerstag, den 7. Oktober 1909.

20. Jahrgang.

Die sächsischen Landtagswahlen.

In Sachsen hat der Wahlkampf für die am 21. Oktober stattfindenden Landtagswahlen bereits auf der ganzen Linie eingesetzt und wird diesmal mit einer Lebendigkeit und allgemeinen Anteilnahme geführt, wie noch nie zuvor in Sachsen. Es ist ja auch das erste Mal seit sehr langer Zeit, daß in allen Wahlkreisen zugleich gewählt wird, während bisher nur immer ein Drittel der Wahlkreise zur Wahl stand. Die Sozialdemokratie hat selbstverständlich in allen Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt, und für sie ist die Wahlbewegung ja auch nur eine neue Phase im Wahlrechtskampf! Denn das Pluralwahlrecht, nach dem zum ersten Mal gewählt werden soll, hat sich bereits als ein so brutales Klassenwahlrecht entpuppt, daß von einer Zufriedenstellung des Volkes nicht im entferntesten geredet werden kann, und die Wahlrechtsbewegung nun mit verstärkter Wucht wieder einsetzen wird.

Die Aufstellung der Wählerklassen hat ergeben, daß die Wähler mit 4 Stimmen in vielen Wahlkreisen allein die Majorität besitzen! In Dresden haben die Vierstimmenwähler in vier Wahlkreisen allein mehr Stimmen als alle übrigen Wähler zusammen. Und in den zwei Dresdener Wahlkreisen mit der größten Arbeiterbevölkerung haben die Vierstimmenwähler immer noch mehr Stimmen als die Wähler mit einer Stimme. Im sächsischen Kreis Zittau usw. brauchen die Vierstimmenwähler nur wenige Stimmen aus einer anderen Klasse, um allein die Mehrheit zu haben. Und so ist es in den meisten Wahlkreisen. Immerhin wird die Sozialdemokratie einige Mandate erringen. Denn in den Städten haben auch viele Arbeiter zwei Stimmen, und auch unter den Drei- und Vierstimmenwählern hat die Sozialdemokratie einige Anhänger. Im armen Erzgebirge gibt es auch relativ weniger Drei- und Vierstimmenwähler, und in Kreisen mit sehr starker Arbeiterbevölkerung sind die beiden unteren Klassen stärker als die oberen. So stehen zum Beispiel im Wahlkreis Dresden V 15.137 Stimmen der Ein- und Zweistimmenwähler 12.227 Stimmen der beiden oberen Klassen gegenüber. Und außerdem ist die Stimmung des sächsischen Volkes über die neuen Steuergesetze und über die reaktionäre Politik in Sachsen eine sehr erregte, so daß die Regierung und die rechtsstehenden Parteien dem Wahltage bekommenen Herzens entgegensehen!

Das Ziel der sächsischen Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen ist aber vor allem: die Ueberwindung auch dieses neuen Klassenwahlrechtes! Und nach dieser Richtung hin ist ihr Erfolg bereits gesichert. Denn die Unhaltbarkeit des Pluralwahlrechtes hat sich bereits gezeigt, noch ehe es voll in Wirksamkeit getreten ist. Schon bei der Aufstellung der Wählerlisten trat die Verrücktheit und Unmöglichkeit dieses aus der Verzweiflung heraus entstandenen Wahlrechtes so deutlich zutage, daß die grenzenlose Verwirrung entstand und sogar die Einberufung eines außerordentlichen Landtages gefordert wurde, damit dieser das Wahlrecht erst brauchbar gestalten. Und heute noch ist es sehr fraglich, ob bei diesem Wahlrecht und dem sich herausgebildeten Zustande überhaupt gültige Wahlen zustande kommen werden!

Die Einteilung der Wähler geschieht nach dem sächsischen Wahlgesetz bekanntlich nach Einkommen, sozialer Stellung und „Bildung“. Zwei Stimmen erhält, wer ein Einkommen von mehr als 1600 Mark oder aus öffentlichem Amt oder aus privater dauernder Anstellung ein Einkommen von mehr als 1400 Mark hat, ferner erhalten zwei Stimmen die Gewerbetreibenden mit 1400 Mark Einkommen, die Grundbesitzer mit 100 Steuereinheiten und 1250 Mark Einkommen oder 2 Hektar Land und wer das Einjährig-Gemane gemacht hat. Drei Stimmen erhalten die Wahlberechtigten mit mehr als 2200 Mark Einkommen, die Festangestellten, Gewerbetreibenden und freien Berufe mit 1900 Mark und die Grundbesitzer mit 1600 Mark Einkommen oder 4 Hektar Land. Um ein Vierstimmenwähler zu sein, muß man entweder 2800 Mark Einkommen haben oder Gewerbetreibender, Festangestellter, Angehöriger eines freien Berufes mit 2500 Mark Einkommen oder 8 Hektar Land sein. Wer das fünfzigste Lebensjahr überschritten hat, erhält eine Zusatzstimme, mehr als vier Stimmen kann aber kein Wähler haben. Eine derartige Wählerliste nach bestimmten Grundfähen einheitlich und nicht willkürlich aufzustellen, ist schon ganz unmöglich. In den einzelnen Wahlkreisen ist auch ganz und gar verschieden verfahren worden. Der ungeheuerlichste Zustand ist der, daß nicht einmal für die Einteilung nach Einkommen eine Einheitlichkeit herrscht. Nach dem sächsischen Steuergesetz können Familienväter mit einem Einkommen bis 3100 Mark bei der Einschätzung für jedes Kind über 6 und unter 14 Jahren 50 Mark in Abzug bringen, bei 3 solcher Kinder brauchen sie mindestens eine Klasse Steuer weniger zu zahlen. Da nach dem Wahlgesetz das „versteuerte“ Einkommen als Grundlage genommen werden soll, haben zahlreiche Gemeinden die Einteilung nicht nach dem tatsächlichen Einkommen, wie es eingeschätzt ist, vorgenommen, sondern nach der Klasse, in die der Familienvater nach Abzug der oben erwähnten Summen ranniert ist, und so

erhielten Tausende von Familienvätern deshalb keine Zusatzstimme oder weniger Stimmen als andere Wähler in der gleichen sozialen Stellung, mit dem gleichen Einkommen oder Besitz — nur weil sie mehrere Kinder haben! Der Präsident des Landtages hat zwar erklärt, der Landtag habe eine derartige Verrücktheit nicht gewollt, aber der Kreisausschuß in Dresden stellte sich auf den Standpunkt, diese Auslegung entspräche dem Wortlaut des Gesetzes und das Oberverwaltungsgericht ist sich dieser Ansicht wohl anschließen. Die Auslegung ist aber auch eine ganz verschiedene. In Dresden-Stadt sind die Behörden der Ansicht gewesen, daß das wirkliche Einkommen in Frage komme, in der Amtshauptmannschaft Dresden will man das geringere Einkommen gelten lassen. Das Wahlamt Leipzig steht auf demselben Standpunkt, aber die Amtshauptmannschaft Leipzig hat die Gemeindevorstände angehalten, das wirkliche Einkommen gelten zu lassen. Die Verwirrung ist grenzenlos! Und auf welchem Standpunkt sich der Landtag auch stellen wird: ein Teil der Wahlen wird unter allen Umständen ungültig erklärt werden müssen!

Die gleiche Verwirrung herrscht gegenüber den Steuerresten. Wer mit seiner Steuer länger als ein Jahr im Rückstande ist, verliert sein Wahlrecht. Da in Sachsen nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts die Gemeindesteuern erst nach 30 Jahren verfallen, haben viele Gemeinden alle Wähler gestrichen, die in den letzten 30 Jahren irgend einmal ein paar Pfennige Steuern schuldig geblieben sind. Viele Tausende von Arbeitern wurden dadurch um ihr Wahlrecht gebracht, und es entstand eine derartige Erregung in Sachsen, daß selbst die Konservativen sich dem Proteste anschlossen. Die Behörden in Dresden und Leipzig haben zwar nun bereits nachgegeben und beschlossen, daß alle Steuerrückstände, die länger als 3 Jahre zurückliegen, als verjährt gelten sollen, aber eine Entscheidung der höchsten Instanz liegt noch nicht vor, andere Wahlämter haben anders entschieden, Tausende sind ihres Wahlrechtes bereits verlustig und es herrscht eine allgemeine Konfusion. Nehmliche Verwirrungen entstanden auch noch mit anderen Bestimmungen des Gesetzes und es ist sicher, daß der Landtag sofort wieder mit einer Wahlreform beginnen muß!

Schon ehe es zu einer Wahl gekommen ist, hat sich die Unhaltbarkeit dieses Pluralwahlrechtes bereits gezeigt. Die Unzufriedenheit mit dem neuen Klassenwahlgesetz ist im ganzen Lande eine fast allgemeine. Und es hat sich von neuem erwiesen, daß in einem so hoch entwickelten Lande wie Sachsen jedes andere Wahlsystem, als das allgemeine und gleiche, unmöglich ist. Landtagswahlen in Sachsen werden deshalb so lange nichts anderes sein als Wahlrechtskämpfe — bis das allgemeine und gleiche Wahlrecht errungen ist.

Die Vergeltung.

Die Landtagswahlen in zwei Bundesstaaten sind am Sonntag vollzogen worden, in Sachsen und Baden stehen sie in zwei Wochen bevor. Schon jetzt zeigt sich aber, daß alle diese Wahlen das Werk der Vergeltung fortsetzen werden, das die Nachwahlen zum Reichstag ankündigt.

Das Herzogtum Sachsen-Meiningen besitzt ein Landesparlament von 21 Abgeordneten, von denen jedoch nur 16 in der allgemeinen Kurie gewählt werden, 5 entfallen auf den Großgrundbesitz und die Höchstbesteuerten. Von den 16 allgemeinen Wählern hervorgehenden Abgeordneten führte die Sozialdemokratie am Sonntag bereits 9, also mehr als die Hälfte, zum Siege. Außerdem ist sie mit ihren Kandidaten aber noch an 2 Stichwahlen beteiligt, so daß sie in diesem Bundesstaat hat an die Majorität heranreichen kann. Mit dem Gewinne der Mandate war natürlich im ganzen Lande ein erheblicher Stimmenzuwachs verknüpft.

In Elsaß-Lothringen macht es das Wahlsystem der Sozialdemokratie fast unmöglich, Erfolge zu erringen. Dennoch weisen alle Wahlergebnisse, die bisher bekannt wurden, ein starkes Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen auf. In Mühlhausen eroberten wir sogar das Mandat. In Mühlhausen Süd erhielt Mich. (Soz.) 4438 Stimmen, während der Zentrumsmann Ruff, der den Kreis bisher vertreten hatte, nur 2351 Stimmen erhielt. Bei der letzten Wahl hatte er die Stimmen aller bürgerlichen Parteien 2232 auf sich vereinigt. Die sozialdemokratischen Stimmen betragen damals 2188! Auch das Resultat in den beiden beinahe ausschließlich erscheinenden Straßburger Kantonen ist ein direkt glänzendes zu nennen. Im Jahre 1900 ergaben wir im Nordkanton 885, im Westkanton 921 Stimmen. Neuer Sieg unsere Stimmenzahl auf 1700 resp. 1900.

Geradezu überraschend sind die Resultate diesmal auf dem sächsischen Lande. In rein bäuerlichen Gegenden, auch in solchen, in denen der Terrorismus der Gegner unserem Kandidaten die mündliche Agitation unmöglich machte, haben wir Stimmenquoten erreicht, die sich die Zentrumler auch in ihren schrecklichsten Träumen nicht haben träumen lassen.

In Weß-Stadt und Weß-Land wurden die Angehörigen des lothringischen-Loth-Jung und Hochmager gegen erhebliche sozialdemokratische Widerstände gewählt, während es im Kanton Groß-Moppenbre zur Stichwahl kommt zwischen Altbürgermeister Engel vom Bloch und dem

Sozialdemokraten Stratemeyer. Das Zentrum ist, wie die „Frankfurter Zeitung“ konstatiert, im Vorhinein außerordentlich zurückgegangen. Das Siegesbewußtsein seiner Redner, wie des Dr. Fleischer, dürfte also erheblich zurückgehen.

Ueber den Ausfall der Landtagswahlen in Sachsen-Meiningen geht uns noch folgender ausführlicher Bericht zu:

In Saalfeld ist Genosse Hoffmann mit 1600 Stimmen wiedergewählt worden; der bürgerliche Kandidat erhielt 600 Stimmen; in Börsdorf siegte wieder der Genosse Seige mit 300 Stimmen Mehrheit;

in Gräfenthal-Weßfeld gewann Genosse Fischer mit über 300 Stimmen Mehrheit das Mandat wieder; im Wahlkreis Steinach wurde Genosse Weigelt mit über 900 Stimmen Mehrheit wiedergewählt;

in Witten-Steinach ging Genosse Krauer mit 1400 Stimmen Mehrheit wieder als Sieger hervor; der Wahlkreis Sonneberg schickte wieder den Gen. Wehder — mit 1000 Stimmen Mehrheit — in den Landtag;

in Saalungen wurde Genosse Eckardt sen. mit 1000 Stimmen Mehrheit wiedergewählt;

in Walungen wurde Genosse Heinrich Eckardt jun. mit 300 Stimmen Mehrheit neu in den Landtag gewählt;

im Wahlkreis Eisfeld siegte Genosse Schühlein mit 801 Stimmen Mehrheit;

in Hilburghausen findet Stichwahl zwischen Michaelis (bürgerl.) und Frickke (Soz.) statt.

Die anderen Wahlkreise sind bürgerlich besetzt, und es steht noch eine Stichwahl zwischen Bürgerlichen in Camburg und in Meiningen-Land aus.

Das Gesamtergebnis stellt sich folgendermaßen: es wurden bisher gewählt: 9 Sozialdemokraten und 4 Bürgerliche. Weiter haben bei Stichwahlen Sitzgänger, an denen ein Sozialdemokrat beteiligt ist. Im letzten Landtage saßen 7 Sozialdemokraten.

Politische Uebersicht.

Der Abgeordnete Hausmann und Genosse Bebel

Der süddeutsche Volksparteiler und Abgeordnete Konrad Hausmann veröffentlicht in „März“ einen längeren offenen Brief an Bebel. Er beklagt darin die Taktik der Sozialdemokratie, die er für unglücklich und widerspruchsvoll hält und empfiehlt uns eine neue Methode, die nicht nur eine Annäherung, sondern im gewissen Sinne auch eine Anpassung an den deutschen Liberalismus bedeutet. Die Widersprüche, die Hausmann sieht, verhindern nach seiner Ansicht eine Mehrheit der Linken und geben der Rechten ihre Macht. Bebel solle nun seinen Einfluß anwenden, um die Partei zu bewegen, eine andere Taktik einzuschlagen.

Wir haben vor Hausmann eine Äußerung, die wir nicht vor jedem liberalen Politiker haben, er ist einer der ehrlicheren und wirklich demokratischen Führer des süddeutschen Liberalismus. Aber das kann uns nicht hindern, offen zu erklären, daß Hausmann, wenn er die Sozialdemokratie wirklich verstehen würde, diesen Brief nicht, oder wenigstens nicht mit dem Inhalt geschrieben haben würde. Der Brief ist ein Appell an die Sozialdemokratie, auf das Niveau der bürgerlichen Politik ohne Konsequenz und mit möglichst wenig Grundfragen herabzusinken, er geht von so falschen Voraussetzungen aus und stellt so unannehmbare Forderungen an die deutsche Arbeiterpartei auf, daß diese Art „Verständigung“ von vornherein als verfehlt angesehen werden muß.

Da nun Genosse Bebel — wahrscheinlich in Folge seiner Krankheit — auf diesen offenen Brief nur in einem persönlichen Schreiben geantwortet hat, ist eine Diskussion, die sich sonst sicher an seinen Versuch geknüpft hätte, sehr unwahrscheinlich geworden und es erübrigt sich ein ausführliches Eingehen auf die Einzelheiten, die nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch den Revisionismus in ganz falschem Lichte erscheinen lassen.

Die Ziele des Hansabundes.

Die Zeitung des Hansabundes hat die Richtlinien für die Tätigkeit des Bundes aufgestellt. Einleitend wird erklärt, daß der Hansabund davon durchdrungen sei, daß der moderne Staat nur gedeihen kann, wenn der Grundgedanke der Gleichberechtigung aller Erwerbsstände den leitenden Gedanken und die unverrückbare Grundlage auch zu einer Wirtschaftspolitik bildet. Der Hansabund wird daher dahin wirken:

1. daß Deutschlands Gewerbe, Handel und Industrie, die ihren auf Grund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zunehmenden Gleichberechtigung sowohl in der Gesetzgebung, wie in der Verwaltung und Leitung des Staates eingeräumt werde;
2. daß den berechtigten Interessen dieser Stände nicht nur bei dem Erlass von Gesetzen, Verordnungen und Verfügungen, sondern auch bei deren Ausführung Rechnung getragen werde;
3. daß der für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung der Nation, wie für unser Verhältnis mit dem Ausland gleichmäßig unheilvolle Einfluß jener einseitigen agrar-demagogischen Richtung gebrochen werde, deren ganzer bisheriges Wirken von entgegengesetzten Grundanschauungen getragen war.

Bei der Durchführung dieser Grundgedanke wird sich der Hansabund von folgenden allgemeinen Gedanken leiten lassen:

1. daß er, bei einem etwaigen Beitritte, die nationalen Interessen aller einseitigen gewerblichen Interessen ohne weiteres und bedingungslos voranzustellen hat;
2. daß er ausschließlich die gemeinsamen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie zu vertreten, zu fördern und vor Schädigungen und Angriffen zu schützen hat;
3. daß seine Reihen jedem, ohne Unterschied der politischen und religiösen Ueberszeugung, offenstehen, welcher seine Ziele zu den seinigen macht, und daß ihm dabei jede Abstrichung politischer oder konfessioneller Grenzen für die Arbeit aller fernbleibe.

4. daß er somit nicht seine politische Partei ist, da sie ihm innerlich angehörtigen Willkür aller politischen Parteien in dem Sinne steht, wohl aber eine wirtschaftliche Vereinigung mit dem Zweck ihr wirtschaftliches Programm bedingten, unter Berücksichtigung der politischen Ziele.

Ohne Rücksicht auf politische Gegensätze will der Hansabund Stellung mit allen Parteien halten, die sich zu seinen Zielen bekennen, und wird bei Wahlen die politischen Parteien bei der Wahl solcher Abgeordneten unterstützen. Im Staatsleben erklärt sich der Hansabund gegen die Gewährung von Sonderprivilegien, und schränkt diese Erklärung dann gleich mit dem Zusatz ein, „soweit sie nicht etwa mit Rücksicht auf das Gesamtwohl geboten und gerechtfertigt erscheinen.“

Dann wird gefordert, unsere ganze Bureaucratie etwas zu modernisieren, Staatsstellen nur Bewerbern von wirklich persönlicher Tüchtigkeit und Qualifikation zu übertragen, Vereinfachung des Verwaltungsapparats und Schreibeverkehrs in der Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltung, sowie größere Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der kommunalen Selbstverwaltung. In der Finanzpolitik wird eine gerechtere Verteilung der Staatslasten unter sämtliche Erwerbssphären und unter die Einzelnen nach Maßgabe ihres Besitzes und ihrer Leistungsfähigkeit gefordert. In Befolgung dieses Grundgedankes verlangt der Hansabund Aufhebung der vom Schnapsblock geschaffenen Steuererleichterung und die Einführung sachgemäß ausgestalteter Besteuerungen.

In der Verkehrspolitik werden durchgreifende Verbesserungen und Erweiterungen verlangt. Auf die Handels- und Gewerbepolitik übergehend strebt das Programm im Anschluß von Handelsverträgen an, die sowohl der Landwirtschaft, als auch der Industrie gerecht werden. In diesem Absatz besagt Ritter b:

Der Hansabund wird für die Unterlassung aller Maßnahmen wirken, welche die Entwicklung einer den Interessen der Gesamtwirtschaft Rechnung tragenden Exportpolitik unterstützen, die für die Ernährung und Beschäftigung unserer stark zunehmenden Bevölkerung erforderlich ist.

Darin liegt eine Kriegserklärung gegen die Agrarier, die durch ihre angeblich zum Seuchenschutz erlassenen Gesetze unserer deutschen Exportindustrie sowohl als auch der besseren Ernährung der deutschen Arbeiterbevölkerung die größten Schwierigkeiten in den Weg legen.

Auf die Sozialpolitik übergehend, verlangt der Hansabund Vermeidung einer bürocratischen Ausgestaltung unserer Sozialgesetzgebung und Anpassung der Sozialgesetzgebung an die Konkurrenzmöglichkeit der deutschen Tätigkeit auf dem Weltmarkt. Im übrigen will sich der Hansabund in Streitigkeiten zwischen den einzelnen Interessengruppen nicht einmischen, sondern nur auf Milderung und rücksichtlose Ausgleichung der Gegensätze bedacht sein. Außerdem will der Hansabund die ihm nachstehenden Kreise dazu aufreizen, regen Anteil zu nehmen an den Aufgaben der Staats- und Selbstverwaltung, und vor allem Dingen sie zu aktiver Teilnahme an den Wahlen bewegen. Die Sondervereine bleiben weiter bestehen; in ihrer Tätigkeit wird der Hansabund nicht hindern.

Die ganze Gründung hat sich den Hund der Landwirtschaft zum Vorbild genommen, der auch erklärt, keine politische Partei zu sein, sich aber durch seine Mittel eine Anzahl Abgeordneter verschafft. In derselben Weise wird der Hansabund bei Wahlen eingreifen; Geldmittel stehen ihm vollständig zur Verfügung und er wird diese Mittel benutzen, um solchen bürgerlichen Kandidaten zum Siege zu verhelfen, die sich verpflichten, in den Parlamenten im Sinne der Bestrebungen des Hansabundes tätig zu sein. So wird der Hansabund allerdings auch sein Teil dazu beitragen, daß im Bürgeramt die politischen Parteien allmählich durch wirtschaftliche Interessengruppen ersetzt werden.

Er wird aber eine wirtschaftliche Gruppe sein, die sich nicht nur den Wählern, sondern seiner ganzen Zusammensetzung noch auch den Arbeitern gegenüber feindselig stellen muß. Daran kann auch die Versicherung sozialpolitischer Neutralität nichts ändern.

Der Hansabund will also die Lage; drei vierhundert stehen sich gegenüber: das lässliche Kapital, das südliche Kapital und die Arbeiterkraft. Alles andere wird in diesen drei Armeen aufgehen.

Nur in einem Punkte fehlt die Klarheit: Wie steht der Hansabund zum Preußenwahlrecht und seiner Reform?

Das Zentrum und das allgemeine, gleiche Wahlrecht. Auf dem Zentrumsparteitag für den Regierungsbezirk Koblenz führte Landtagsabgeordneter Jücker aus:

Bezüglich der Regelung des Wahlrechtes werde das Zentrum nicht loder lassen. Es verlange, daß das Wahlrecht, das dem Reich gegeben ist, auch den Einzelstaaten nicht vorenthalten bleibe. Das Zentrum verlange für Preußen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht; niemand ist berechtigt, daran zu zweifeln.

Wie ernst es dem Zentrum mit dieser Forderung ist, wird sich schon bald nach Zusammentritt des preussischen Landtages zeigen.

Zum Schnaps-Proporz wurde kürzlich in einer öffentlichen Versammlung des „Demokratischen Vereins Norden“ folgender, dem „Demokratischen Verband Groß-Berlin“ zur Annahme bringender empfindlicher Beschluß gefaßt: „Die öffentliche Versammlung des Demokratischen Vereins Norden“ spricht die Erwartung aus, daß das freigeitlich gefasste Bürger- und Arbeiterwahlrecht von jetzt ab des Brandweingewasses in weitestem Maße entbehrt, um dadurch den ungeheuren Schädigungen der Volksgesundheit durch die Ueberfüllung der Krank-, Eichen- und Irrenhäuser und der Gefängnisse am wirksamsten zu begegnen und zugleich den Uebermut der justizell-agrarischen Mehrheiten im Reichstag und Landtag empfindlich zu beschaffen.“

Wer sich nicht fügt, der steigt... Der aus der national-liberalen Partei Bayerns ausgeschlossene jungliberale Abgeordnete Häblich hat gegen diesen Ausschluß Protest eingelegt. Er weist in seinem Protestschreiben darauf hin, daß er ausgeschlossen worden sei, ohne daß man ihn vorher von dieser Absicht unterrichtet hätte. Man habe es nicht einmal für die Mühe wert erachtet, die Gründe für den Ausschluß mitzuteilen. — Der ganze Grund für den Ausschluß bestand bekanntlich in der Hauptsache darin, daß der Abg. Häblich sich erlaubte, dem Führer der bayerischen National-liberalen, dem Abg. Casselmann, Schwierigkeiten zu bereiten. Eine Versammlung der Jungliberalen in München verurteilte den Ausschluß des Abg. Häblich aus der National-liberalen Partei aufs schärfste und verlangte die Einberufung eines Delegiertentages, sowie die Ablehnung der bayerischen Steuerreform in ihrer jetzigen Gestalt. Derselbe sprach sich auch der nationalsozialistische Verein München aus.

„Skandalisierende“ Sozialdemokraten. Die bürgerliche Presse verbreitet folgende Meldung aus Würzburg:

„In einer geführten Zentrumsversammlung, in der der Reichstagsabgeordnete Justizrat Dr. Thaler gesprochen hat, verurteilten die Sozialdemokraten Skandale zu erregen. Es kam zu Tumulten, bei denen 80 Schutzleute eingriffen und die Tumultuanten gefesselt.“

Das ist wieder einmal eine geblöde Entstellung der Tatsachen. Das Zentrum bräute eine Versammlung einberufen, zu der nur Zentrumswähler Zutritt haben sollten. Das Zentrum wolle sich gegen die Angriffe wegen des Steuerantrages rechtfertigen. Die sozialdemokratische Parteileitung gab ein Hindernis heraus, in der sie die Parteigenossen zum Besuch der Versammlung aufforderte, weil sie eine Diskussion herbeiführen wollte. Daraufhin erließ die Zentrumspartei eine Besannmachung, daß der Zutritt nur gegen Karten gestattet sei; diese gab sie nur an sichere Zentrumskräfte heraus.

Daraufhin forderte die Parteileitung zu öffentlicher Demonstration auf; es fanden sich auch etwa 2000 Arbeiter ein, die öffentlich demonstrierten. Ein Schutzmannsantrag von etwa 80 bis 90 Mann bekam keine Arbeit, da Ausschreitungen nicht vorlägen. Die Demonstranten zogen dann in die Stadt und sangen während des Durchzuges durch die innere Stadt die Marxliedchen.

Gegen das Zentrum. Die Adlauer demokratische Vereinigung beschloß, bei der bevorstehenden Stadtratswahlenwahl im ersten Wahlgang für die Sozialdemokratie einzutreten. Sie begründet ihr Vorgehen damit, daß sich die ganze Stößkraft gegen das aristokratisch geführte Zentrum richten müsse.

Im Zeichen der Sparsamkeit. Reichsminister v. Bethmann-Hollweg sollte in verschiedenen Ressorts im Reich darauf aufmerksam gemacht haben, daß bei der gegenwärtigen Finanzlage im Reich auf keinen Fall an eine Vermehrung der Beamten gedacht werden könne, und daß die einzelnen Ressorts gut tun, solche Forderungen garnicht erst anzustellen.

Freisinnige Landtagskandidatur. Im 7. Landtagswahlkreis sollte nach den Wünschen der freisinnigen Parteileitung der Stadtrat Dr. Wegert wieder kandidieren. Die Rechte erhoben dagegen Protest, indem sie den Lehrer Hofm. als freisinnigen Gegenkandidaten proklamieren. Wie nun mitgeteilt wird, haben Kompro-

missenhandlungen zu dem Resultat geführt, daß beide Kandidaten zurücktreten und an ihre Stelle der frühere Abgeordnete Goldschmidt als Kandidat aufgestellt wird. — Im 12. Kreise macht der Nationalliberale Reibig den Freisinnigen das Feld freizig.

Die wahre Kunst. Daß eine „moderne“ Kunst möglich ist, die nicht unter die Kategorie der „Kunststücken“ zu fallen braucht, sondern durchaus „ideal“ sein kann, eine Untercheidung, die bekanntlich Wilhelm II. mehrfach betonte, — das demonstriert jetzt ein „Künstler“ an der Person des Kaisers selbst. 12 Bilder seiner Majestät des Kaisers, Delgemälde in Lebensgröße, werden in einem Prospekt ausgeben, in dem die „sehr billigen“ Kunstwerke folgendermaßen beschrieben werden:

1. Kaiser, roter Husar auf weißem Pferd.
2. „ schwarzer Husar, Kaiserin in bla, weißer Hut.
3. „ Jäger zu Pferde, Kaiserin schwarze Stola und Hut.
4. „ roter Husar, ganze Figur.
5. „ schwarzer Husar.
6. „ Admiral.
7. „ Jäger zu Pferde, Krone oder ganze Figur.
8. „ roter Husar, Krone.

Dazu wird gesagt: „Auf fast allen Bildern steht die Majestät auf dem königlichen Platz in Berlin, zwischen Reichstag und Siegesdenkmal, in den Lüften schwebt ein Luftschiff Parvohal.“ Wie man sieht, modern und „ideal“. Der Verkäufer dieser „Kunstwerke“ kann es noch weit bringen. Infolge seiner Unkostenhaftigkeit ist er sogar dem braven Anton v. Werner ein gutes Stück über.

Ausland

Ein hochachtbarer Volkswirtschaftler. Ein Mitarbeiter der Vorh. im Kampf gegen das „Revolutionsbudget“ ist der Herzog von Northumberland, einer vom ältesten Adel, dessen Vorfahren schon den Landraub des Jahres 1066 mitgemacht haben, zugleich einer der reichsten Leute der Welt, der als Eigentümer eines großen Teils von London dort alljährlich Millionen einheimst. Als Gegner der Längst im Oberhaus abgelehrteten Wohnungs- und Städtebau-Vorlagen erklärte dieser Herr von 72.000 Hektaren Boden: „Die Beschaffung von Wohnungen ist keine bringliche Sache. Viel wichtiger ist es, daß die Eigentümer in ihrem Besitz sorgfältig gehalten werden.“

Eine Beleuchtung dieser Worte gibt H. A. Outhwaite in den „Daily News“. Er erzählt, daß im Kreislag von Northumberland, dessen Vorsitzender der Herzog ist, vor vier Jahren in einem Bericht des Gesundheitsamtes furchtbare Wohnungsverhältnisse bloßgelegt wurden. Vom Bezirk Newburn, dessen Hauptort der Herzog ist, heißt es: „Viele Häuser sind höchst ungesund, wegen schadhafter Deden, schlechter Mauern, schlechten Bodens, fehlender oder mangelnder Entwässerung, ungleichmäßiger Luftzuführung oder ungenügender Aborte für menschliche Wohnungen ungeeignet. Einige sind haßlich. Unter dem Boden zweier Häuser läuft ein alter Kanal, aus dem Ratten in die Wohnungen kommen.“

Darauf verordnete der Kreislag Verbesserungen. Am 9. Juni d. J. ging ein neuer Bericht ein, in dem es heißt: „Wo Verbesserungen möglich waren, wurden sie vorgenommen. Gebäude, die nicht mehr zu reparieren waren, wurden gesperrt. Einwendungen wurden nicht erhoben, angenommen einen Fall. Es ist von Interesse, daß dieser Widerspruch von dem Vorsitzenden der Behörde kam, die den Stadtrat von Newburn zum Eingreifen angeleitet hatte. Der einzige Widerspruch, gegen den das Gericht angerufen werden mußte, kam von Sr. Hoheit, dem Herzog von Northumberland, der sich weigerte, die von dem Rat aufgestellten Vorschriften anzuerkennen.“

Der Bericht der Gesundheitsbehörde ist eine wahre Fundgrube aller denkbaren Wohnungsverhältnisse. Dabei waren fast alle diese Güter stark überfüllt. Sie sind vom Herzog einem Pächterbergwerk vermietet, das ihm als „Royalty“ (Grundherrentribut) jährlich 51.000 Mark für die Förderung bezahlen muß. Ebenso schändliche Zustände herrschen in dem farbigen Urban-Distrikt, in dem Seine Hoheit gleichfalls Grundherr ist.

Aber die Beschaffung von Wohnungen ist nicht bringlich, wichtig allein die Erhaltung des vornehmen Schmarotkertums in angestammter und ungeschmälerter Aneignung der Früchte der Volkswirtschaft. So stinkt der Schweiß und die verpestete Luft der Wohnungen dieser Armen ist ihr Geld nicht.

Ueber die Lage im Nisgebiet wird offiziös aus Melilla gemeldet, in den spanischen Stellungen sei alles ruhig. Der Feind verfuhrte zwar einen Angriff auf den Guruguberg, zog sich aber infolge der kräftigen Abwehr der Spanier zurück. Auf spanischer Seite sind keine Verluste zu verzeichnen. Demnach dürfte aber wohl die Ruhe der Spanier arg gestört werden. Die Stämme in der Umgebung von Seluan und Luja lassen ihre Familien und ihre Viehherden tiefer nach Süden gehen, während ihre Krieger zurückbleiben. Es liegt eine von Eingeborenen stammende Nachricht vor, wonach die Araber

Victoria.

roman von Milano Rastig.

11) (Nachdruck verboten.)

Nachdem es wackerhaft, unter den schmerzhaftesten Verletzungen sich dem Feinde gegenüber abzuwehren zu vermögen, das Besondere hingegen vertrat er alle Mitleid in seiner materiellen Bedrängnis. Aber durch seine neue Bedingungen mühten sich zu machen. Victoria sei längst überholt. Die Fortschritte der Wissenschaften seien rasch und grenzenlos auszuwachen, und nur der, der all diese Wunder zu kaufen vermöge, dürfe hoffen, aus diesem erbarmungslosen Kampfe als Sieger hervorzugehen. Nicht mehr liquidieren. Es sei nicht hierauf das Arrangement übernehmen und ein Konstruktum bilden, das auf Aktien des Unternehmens neu begründet würde. Alles müßte total umgewandelt und den neuesten Anforderungen gemäß eingerichtet werden. Die Fabrikaliquiditäten müßten umgebaut und große Güter geschaffen werden, in denen die neuesten Erfindungen aufgestellt werden könnten. Diese selbstbestehenden Konstruktionen würden sofort eine Anzahl Arbeiter überflüssig machen und so erhielt man ein billiges Angebot. Sollten die heimischen Arbeiter aber nicht auf dieselbe zurückzuführen sein, so müßten fremde Arbeiter herangezogen werden. Damit würden wir alles auf sich nehmen, für das Unternehmen bereits erworben und unterstellt, und unsere Kapitalisten, durch nichts beeinträchtigt, werden werden in geometrischer Progression.

Wurde nicht aber verstanden, daß er einem so wichtigen Dinge nicht zugehen sei. Er wolle überdies seine Arbeiter nicht umgünstiger machen, als sie es ohnehin schon seien. Demnach der Konstrukteur überließ er sich, er hätte keine Sorge, die Hände nicht zu bewegen, die sich ihm darbieten, die ihn seinen Dingen und die morgen ein anderer brauchen wird. Aber lassen Sie das alles meine Sorge sein, geben Sie mir nur Bescheid, willigen Sie in die Liquidation und ich werde alles arrangieren. Aber Konrad hielt dies alles für einen Scherz. Er wollte den Namen Konrad nicht mehr hören. Konrad er ihm die Lächerlichkeit verweigert, wollte er ihm nichts zu danken haben, auch nicht die eigene Rettung. Er ging im Konstruktionsbüro zu Emma auf. Sie schienen ihm verändert. Der Herr hatte ihr wohl alles gesagt, und er hätte nun das Gefühl, als wäre sie sich von ihm ab, als wäre sie sich selbst von ihm gelöst. Er hatte recht. Was konnte er diesem veränderten im menschlichen Augen erzeugten Räuber noch bieten? Oder sollte er ihm noch etwas bieten? Nein, nicht mehr.

dazu. Das Opfer wäre auch so groß gewesen, daß er es nicht einmal hätte annehmen dürfen. Gedemütigt, verbittert, auf tiefe Verleugung, zog er sich wieder nach seiner ländlichen Wohnung zurück.

In der letzten Zeit hatte er inmitten seines großen Partes einen Willen begonnen. Künstlerisch und luxuriös angefaßt, wie es seinen gebildeten Geschmack entsprach, sollte es ein höches Non retiro werden, das der Vater der Fabrik nicht erreichte. Mehrere reizende, mit einer gewissen Koketterie eingerichtete Zimmer verteilten all die zürlichen und süßen Hoffnungen, mit denen er sich getragen. Jetzt wurde der fast vollendete Bau in seinen Einzelheiten umgewandelt. Er sollte einen andern Geist erhalten, einen andern Charakter. Er sollte eine Art Museum werden für seine Kunststücke, und er wollte sich mit denselben beschäftigen, um von der Welt nichts mehr zu hören und zu sehen.

Und wieder überließ er jede geschäftliche Tätigkeit seinen Bedanten und verlangte nur Geld, Geld für die Ausstattung und Anschaffung seiner Villa, die ihm einzig am Herzen lag. Aber es kam der Tag, wo er seine fälligen Verbindlichkeiten nicht mehr erfüllen konnte. Das Liquidationsverfahren wurde eingeleitet. Nicht ersahen es fast wie eine Erlösung. Er konnte hoffen, immer noch einen Teil seines Vermögens sich zu erhalten, und er würde so von einer Last befreit, deren er sich kaum nicht zu entledigen gewußt.

An diesem Morgen hatte er einen Brief des Bankiers Fiehl erhalten, der ihn zu sich lud.

Er hätte ihm günstige Propositionen zu machen, schrieb er, die seine Lage wesentlich erleichtern könnten.

Nicht hatte anfänglich überlegt und geögert, jetzt war er entschlossen. Es war nicht Scham, was den Finanzmann antrieb, ihm die Hand zu reichen, es war die Aussicht auf ein vorläufiges Geschäft. Gut, er sollte es machen.

Er hatte seinen Wagen bestellt, um zur Station zu fahren. Der Bedient kam in diesem Augenblick und meldete, daß derselbe bereit sei. Jagdlich überbrachte er einen Brief in ziemlich großem Format.

Konrad schloß ihn. Er war von Fiehl. Er öffnete das Couvert und er sah eine Karte. Sie enthielt eine Verlobungsurkunde. Der Herr und Frau Fiehl brachten hiermit die Verlobung ihrer Tochter Emma mit dem akademischen Vater Eugen Oswald zu allgemeinen Kenntnis.

Darauf hielt das Blatt in den Händen und sein Auge parre unterwacht darauf, als könnte er vor einem Rästel Oswald — Oswald, stüßten seine Lippen — und Emma!

Er gedachte einer jener glänzenden Soireen im Hause Fiehl und eines jungen unscheinbaren Menschen, der ihm daselbst als Maler Oswald vorgestellt worden war.

Er sah ihn vor sich mit dem schlecht sitzenden schwarzen Rock und den schiefen Manieren, der an einem Abend tausend Ungeschicklichkeiten beging, oder in die Fensterde eines Salons sich zurückzog, von wo er das Treiben mit gleichgültigen Blicken beobachtete und leise vor sich hin pfiff. Wie oft hatte Emma und er über diesen Oswald geredet, wie oft hatte sie selbst ihn in seiner Einsamkeit unbarmherzig preisgegeben, und nun hatte sie eingewilligt, seine Gattin zu werden! Aber war es denn möglich? Und was hatte Fiehl dazu vermocht, seinen Ablehnung einem Künstler zu geben, dessen vornehmer Gönner er selbst war, dessen allerdings wiederholendes Talent sich erst zu entwickeln begann, der heute also weder Vermögen noch Ruf besaß? Und doch war es geschehen, hier stand es ja deutlich, sie waren verlobt!

Seine innere Bewegung hatte ihn dochwärts geritten. Jetzt ließ er sich, als gehörte er einer plötzlichen Schwäche, auf einer Gartenbank nieder.

Was Emma wollte, das würde sie durchsehen, er traute es ihr wohl zu. Sie lebte ihr also und verlangte nichts als Gegenliebe? Unmöglich! schüttelte er den Kopf. Nein, er konnte sich des Folge vielbelangene Mädchen nicht so genügsam denken. Ober gelief sich die Stolz eben darin, einen Mann, nein einen Sklaven zu haben, der ihr alles verdanken sollte und dafür in ewiger Anbetung zu ihr aufzusehen? Er will es erfahren. Er ist im Begriff, Fiehl aufzusuchen, er wird sie sehen und ihn und alles andere erraten.

Er erhob sich und ging rasch den breiten Kiesweg entlang, der Villa zu.

Einige Minuten später sollte der Wagen durch das rückwärtige Tor des Parkes, der Bahnstation entgegen. Als er daselbst anlangte, wurde jedoch ein hereinkommender Zug signalisiert. Nach Anstuf des Beschlusses dauerte es noch einige Minuten, ehe der nach Wien verkehrende abging.

Er war zu früh gekommen.

Am Betron befanden sich eine Anzahl Personen, darunter Frau Brandhofer und ihre Tochter, sie erwarteten Brandhofer junior, den künftigen Professor.

Der Alte, voll abler Laune, war nicht mitgekommen. Der Jung pufste heran und hielt.

„Dort ist er, dort“, rief Mili, „er ist dritter Klasse gefahren.“

„Das hätte er nicht tun sollen“, meinte die Mutter, „sollt geentert.“ Das paßt doch nicht mehr für seine jetzige Stellung.“

(Carl Schmitt, 1883)

Höllische Art der Spanier gegen die Spanier gepredigt wird. Der Antikrist, der die Seele der ganzen Bewegung ist, habe erklärt, daß drei wichtige Stämme, nämlich die Beni Branes, die Beni Lufi und die Beni Urtafel mit bedeutenden Verstärkungen zur Garko führen werden.

Der spanische Ministerpräsident Maura erklärte, daß anstatt der ganzen Division des Generals Ampudia nur eine Brigade nach Mexiko abgehen würde. Um Verstärkungen in dieser Höhe habe übrigens General Marina auch nur gebeten.

Eine blutige Wahlkampfaktion in Budapest. Aus Budapest wird geschrieben:

Wieder einmal hat die ungarische Sozialdemokratie Gelegenheit gehabt, ihren bestmöglichen Instinkten freien Lauf lassen zu können. Und das Ergebnis: Drei tödliche, zwei schwere und eine ganze Anzahl leichte Verletzungen, sowie achtzehn Verhaftungen.

Die politische Krise Ungarns geht einer bauernden Lösung entgegen. In wenigen Wochen soll es sich entscheiden, ob die unhaltbare Lage der arbeitenden Massen durch die Einführung des Pluralwahlrechts noch womöglich verschlimmert werden soll, oder ob die Vorbedingungen einer gesünderen Entwicklung durch die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts geschaffen werden? Natürlich ist nun der aufgeregtere Teil des Proletariats befreit, alle Kräfte in Bewegung zu setzen, damit endlich die politische Gleichberechtigung auch im Lande der Beharren Wahrheit werde. Als eine Einleitung zu diesem Kampfe sollte eine Demonstrationsversammlung mit vorhergehender Straßen demonstration für Montag Abend veranstaltet werden. Es wurde aber die Demonstration von der Polizei verboten. Hieraus forderte die Arbeiterbewegung die Arbeiter auf, das polizeiliche Verbot nicht zu beachten und die Demonstration doch abzuhalten. Der Polizeipräsident von Budapest erließ als Antwort hierauf einen Mahnruf an die hauptsächlichste Bevölkerung, worin besonders die Arbeiterklasse aufgefordert wird, dem Rufe ihrer Führer nicht zu folgen, denn er würde eine jede Demonstration durch Waffengewalt niederzuschlagen lassen. Auch wurde das Publikum gemahnt, von den Straßen, in denen die Demonstration stattfinden sollte, fernzubleiben, damit nicht Unschuldige in Mitleidenschaft gezogen würden. Aber der Sozialdemokrat glaubte selbst nicht daran, daß seine Drohungen beherzigt würden. Er konzentrierte daher die ganze Polizeimannschaft auf jene Punkte, wo die Versammlung der Demonstration zu erwarten war. In diesen Gegenden hatte denn auch die Stadt das Aussehen, als wäre über sie der Plagenzustand verhängt. Bei den Straßentreuungen in der Nähe der Hauptverkehrsstraßen standen ganze Polizeibattalione teils zu Fuß, teils zu Pferd in Bereitschaft. Am Boulevard waren auf dem Fahwege von je 30 Schritt Entfernung Schutzleute aufgestellt, auf den Trottoirs promontierten auf Entfernungen von je 20 Schritt zwei Schutzleute auf und ab. Diese Polizeimannschaften wurden durch ein Heer von Spitzeln verstärkt. Die Geschäftsläden wurden teils geschlossen, teils wurden die Ausgänge der Schaufenster niedergelassen.

Gegen 7 Uhr begannen die Arbeiter nach dem Ansammlungsorte anzuströmen, da aber dieser von der Polizei gesperrt wurde, setzten sich die Arbeiter auf dem Boulevard auf. Gegen 7.30 Uhr formierte sich ein Teil der Arbeiter auf einem Demonstrationszuge und begab sich nach dem Versammlungsorte. Mächtig ertönten im Zuge Schreie auf das alte Wahlrecht, es wurde auch die Arbeiterbewegung angestimmt. Da sprengte die herrliche Polizei mit blanken Waffen auf die Passanten ein und machte ein schreckliches Geräusch an. Im Nu war eine ganze Anzahl der Demonstrationen zum Teil schwer, zum Teil leicht verletzt. Dennoch gelang es ihr nicht, die Straße von Demonstrationen zu reinigen. Nur ein kleiner Trupp wurde gesprengt. Statt nach dem Versammlungsorte zu ziehen, blieben die Arbeiter die Straßen besetzt. Währenddem ein Teil der Arbeiter sich hier blies, wurde von einem anderen Teile die Demonstration abgehalten. Da aber das Lokal die Arbeiter nicht fassen konnte, mußte vor dem Versammlungsorte auf offener Straße noch eine Versammlung abgehalten werden. Nach Beendigung dieser Versammlungen strömten auch die Versammlungsteilnehmer nach dem Boulevard. Bald ertönten wieder die Schreie auf das alte Wahlrecht und natürlich folgten mehrere Attacken auf die Demonstrationen. Aber kaum war ein Trupp zerstreut, fanden sich wieder die Demonstrationen zusammen. Wurde ein Opfer der Polizei mittels Kränken und sonstiger Gegenstände, sammelte sich die Menge um den Wachen und brach in leidenschaftliche Rufe aus: Es lebe der Märtyrer! Nieder mit dem Sozialengesetze!

Gegen halb zehn Uhr führten die Sozialen noch ein besonderes Stückchen aus. Von den Attacken zogen sich einige Genossen in ein Cafe zurück, in dem sich die Parteileitung mit einigen Genossen aufhielt. Die Polizei ging ihnen nach und erzwang das Cafe. Die Genossen wollten sich diese Verhinderung nicht gefallen lassen und bekundeten laut ihren Unwillen. Hierauf drang die Polizei mit blanken Waffen in das Cafe ein, verurteilte hier den Redakteur des Metallarbeiterblattes, den Genossen Wanczal, mißhandelte eine Genossin und nahm die Verhaftung des Oberleiters vor. Natürlich haben auch die Schutzleute ihr Teil abgekommen. Es wäre gewiß zu einem größeren Blutvergießen gekommen, wenn nicht ein Polizeioffizier die Mannschaft abkommandiert hätte. Auf den Straßen wiederholten sich die Demonstrationen so lange, bis die Polizei die Straßen verließ. Erst nachdem dies geschehen war, stellte sich die Ruhe wieder ein.

Den Sozialen ist es also nicht gelungen, die Demonstration der Arbeiter zu verhindern. Die Budapest Arbeiterpartei hat es bewiesen, daß sie sich ihr Recht auf die Straße nicht nehmen läßt. Das Verhalten des hiesigen Proletariats ist eine kräftige Einleitung zu den kommenden schweren Kämpfen. Wird in dieser unerfreulichen Weise fortgeföhrt, so kann der Sieg nicht lange auf sich warten lassen.

Differenzen zwischen Volk und König. Der König von Dänemark empfing Montag Nachmittag zwei Deputationen, welche zusammen 140.000 Männer und Frauen repräsentierten und Abgesandten überreichten, in welchen der Wunsch, daß durch das Reichsgericht eine Untersuchung in der Alberti-Angelegenheit eingeleitet werden möge, und gleichzeitig das Bedauern über die Aufnahme des Verteilungsministers Christensen in die Regierung ausgesprochen wird. Der König sprach hierauf sein Bedauern über die in den Adressen verzeichneten Angaben aus, die er aus konstitutionellen Gründen nicht berücksichtigen könne und die unehrliche Weise einen Mann zu verbüßigen, den er für geeignet ansehe, an der Regierung teilzunehmen.

Kaiserliche Abreise. Durch ein aus Livadia eingegangenes Telegramm des Kaisers Nikolaus wurden die am 28. Juli von dem Kaiserliche in Kurland wegen der revolutionären Bewegung in Estland zum Tode verurteilten neun Angefallenen begnadigt; unter ihnen befindet sich das Mitglied der zweiten Duma, Mantsh.

Ein südamerikanisches Defizit. Nach dem Finanzbericht des südamerikanischen Finanzministers wird das Budget für 1909 mit einem Defizit von 20 Millionen Pesos Papier abschließen. Das 1910 werden nach Ansicht des Ministers die Einnahmen die auf 210 Mill. Pesos nachher veranschlagten Ausgaben bedecken. Eisenbahnen, Post

und Telegraphen erdaben wegen der dem Publikum zum Nachteil des Postdienstes gemachten Annehmlichkeiten einen Minderertrag. Zur Herstellung des Budgetgleichgewichts sollen neue Steuern eingeföhrt werden auf Tabak, Branntwein und Erbsen, ferner sollen Postgebühren erhöht werden, damit Eisenbahnen, Post und Telegraphen die Betriebskosten decken.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 6. Oktober.

Der Kampf um den Reservemann. Von den Kriegervereinen und ihren Gönnern wird alles nur Erdensliche aufgeboten, um die den bunten Rock ausziehenden jungen Leute zu sich herüberzuziehen und damit den „Kaiserhaltenen“ Parteien Stimmweh und dem Unternehmertum willkürliche Arbeiter zu sichern. So wurde diesmal in verschiedenen Garnisonen Reservisten ein Zettel in die Hand gedrückt, durch den die „zur zweiten Armee im schwarzen Rock“ über tretenden Leute aufgefordert werden, sich den Kriegervereinen anzuschließen. Geprüft wird besonders mit den Unterführungen, die für „geringe Beiträge“ genährt werden, vor allem aber mit „der Ehre und dem Ansehen, das den Kriegervereinen der Allerschönste Kriegsherr zuteil werden läßt, und an dem die Mitglieder Anteil haben!“ Denkende Reservisten und besonders Arbeiter bedanken sich dafür, für diese „Vorteile“ ihre Meinungsfreiheit zu verkaufen, sich zu unfreien Dienern politischer Parteien degradieren zu lassen, die täglich ihre Selbstständigkeit beweisen; sie wissen, daß sie in den Gewerkschaften ganz andere Unterführungen in der Not haben, und insbesondere, daß sie durch diese ihre gesamte Lebenshaltung wesentlich günstiger gestalten können, während dies in den Kriegervereinen ein den Ausschluß bei Verlust der gezahlten Beiträge nach sich ziehendes Verbrechen ist. Die Soldaten im schwarzen Rock, die täglich auf dem Schlachtfeld der Arbeit Kriegsdienst tun, haben nicht nötig, den Kasernengeist in den Alltag mitzunehmen; sie haben keine Ursache, auch im Zivil noch „Hände an die Hosennähte“ zu legen; sie machen; sie schaffen sich die Kampferne, deren sie bedürfen, um den an dem Gedeihen der Kriegervereine Interessierten die Stirn bieten zu können. Hinein in die modernen Arbeiterorganisationen! — das ist die Parole für die Reservemänner! Unsere Parteifreunde und Gewerkschaftsmitglieder, die mit Reservisten zusammenkommen, müssen es sich angelegen sein lassen, diese auf die Notwendigkeit des Anschlusses an unsere Bewegung hinzuweisen.

Achtung, Parizigensoffen! Sonntag, den 10. Oktober, findet eine umfassende Agitation für die „Volkswacht“ vor dem Nikolaitore statt. Genossen! Es gilt, den Genossenschaftlichen, sowie deren aalgaiten Beschäftigungsstellen, den Dr. Fleischer, Heydebrand und Konsorten, jene Antwort zu erteilen, die sie noch immer am tiefsten getroffen. Für jede Klage, für jede Unverschämtheit des schwarzblauen Betrügersartells einen neuen Abonnenten, das ist das Beste, das gründlichste Mittel, um allen pflichtlichen Verdunkelungsverfuchen entgegenzuwirken.

Wir ersuchen daher alle Kampfernen und tätigen Genossen, die mithelfen wollen, Herrn Dr. Fleischer ein Licht aufzusetzen, teilzunehmen an unserer Agitation am Sonntag, den 10. d. Mts. Um möglichst pünktliches Erscheinen Morgens 8 Uhr in den Lokalen

Leuthenstraße 62,
Wesendstraße 58,
Anderfassenstraße 10

wird gebeten.

Ein Arbeiter-Maßregelung, die in dem Brauereiverlage von Tscharkulle vorgekommen ist, beschäftigt am Dienstag eine vom Transportarbeiter-Verbande einberufene Versammlung. Es handelt sich um einen Kellerarbeiter, der nach siebenjähriger Tätigkeit entlassen wurde, obwohl dort noch vier andere Arbeiter beschäftigt sind, die später in diese Stellen gelangen und laut Tarifvertrag bei Arbeitsmangel früher zu entlassen gewesen wären. Jene vier aber sind unorganisiert, während der Gemäßregelte seiner Zugehörigkeit zur Organisation wegen „anrüchig“ geworden war. Die Versammlung beschloß folgende Resolution:

„Die heut, den 5. Oktober, im „Goldenen Septer“, Klosterstraße 47, tagende Versammlung der Kellerarbeiter und Arbeiterinnen der Firmen Otto Tschornitz und Carl Wehner protestieren ganz energisch gegen die Kündigung des Kellerarbeiters Kaufmann, da Herr Tschornitz nicht, wie allgemein üblich, und wie auch in dem neuen Tarif festgelegt, daß bei eintretendem Arbeitsmangel die zu jüngst in den Betrieb gekommenen zuerst entlassen werden, gehandelt hat.“

Sie beauftragen die Verbandsleitung, sofort Mittel zu ergreifen, um Herrn Tschornitz zur Zurücknahme der Kündigung des Kaufmann zu veranlassen.“

Es bleibt nun zunächst abzuwarten, auf was die Firma es ankommen lassen wird.

Achtung, Zimmerer! Freitag, den 8. d. Mts., Abends, 8 Uhr, findet eine wichtige Mitgliederversammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Die Tagesordnung ist folgende: Unsere nächsthöchste Tarif- und Lohnbewegung. Die Kameraden seien darauf aufmerksam gemacht, daß es nun an der Zeit ist, ihre Wünsche vorzubringen, darum fehle niemand in der Versammlung. Die Lokalverwaltung.

Achtung, Sattler! Der in der vorigen Versammlung vertagte Vortrag des Kollegen Tz über die Reichsverfassung ist ordnungsgemäß in der Versammlung am Sonntag, den 8. d. Mts., bestimmt statt und seien alle Kollegen hiermit darauf aufmerksam gemacht.

Messeleger! Sonntag, den 10. d. Mts., Vormittags 10 Uhr im Zimmer 8: Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Auch werden die neuen Tarife angegeben. Das Erscheinen jedes Kollegen ist Pflicht.

Achtung, Tischler-Schiffarbeiter! Die nächste allgemeine Versammlung tagt Sonntag, den 10. Oktober, Vormittags 11 Uhr im Bar auf der Orgel, Kupferknechtstraße. Referent ist der Kollege Arthur Franz Schneider.

Ein Solal-Konzert zur Feier des 6. Stiftungstages veranstaltet am kommenden Sonntag, den 10. Oktober, im großen Saale des Gewerkschaftshauses die Redakteur, Erzieher, Mitglieder des Arbeiter-Sängerverbands. Der Verein ist in seinen guten gesanglichen Darbietungen so bekannt, daß sich weitere Zuschauern erübrigen.

Ein aufgefunden männliche Leiche. Am 2. d. Mts. wurde im Döwiger Walde ein etwa 64-68 Jahre alter Mann erdabt; aufgefunden. Derselbe hat weißes Kopfsaar, ebenfalls weißes Haar mit dunkelstem Rinn, trägt schwarzen weichen Hut, schwarzen Rock, grauen Umhang, karierte Weste, dunkelgraue Hose, weißes Hemd, gemusterte Socken und schwarze Gamaschen. Auf dem einen Finger trägt er einen Ring ohne Zeichen, auf einem anderen einen Ring aus Silber mit blauem Stein mit Gravierung L. U. 4. 2. 33-38. In den Taschen befanden sich ein buntes Halstuch, ein weißes Taschentuch, ein Messer mit schwarzer Dornschale und 5 Pf. Geld. Die Leiche wurde in der Leichenhalle auf dem Friedhof in Döwig untergebracht. Angaben zur Ermittlung der Verblüthlichkeit der Leiche werden nach Nummer 81/88 des Folgepräsidiums erbeten.

Bestunden wurden zwei Portemonnaies mit Inhalt, ein goldener Rauring, zwei Handbücher mit Inhalt, ein Handwagen, ein Bibliotheksbuch, ein Opernglas, ein Leuchtschild und eine Straßenbahn-Abonnementskarte. — Verloren wurden ein Abwanzigmarkstein, zwei goldene Lamenduben, ein Brillanting mit der Eingravierung 2 P. Weihnachten 1901 oder 1904, eine lange goldene Kette mit gelber Koronette und verschiedenen Anhängern, eine schwarze Handtasche mit 70 M., ein graubraunes Handbüchlein mit 15 M., ein Stocktäschchen, eine Silberkassette, ein goldenes und ein silbernes Fingerring, mehrere Portemonnaies mit Inhalt, ein Füllfederhalter, eine silberne Damenuhr, eine Marktasche mit Inhalt und ein Umschlagetuch.

Neueste Nachrichten.

Endlich!

Salle a. S., 6. Oktober. (S. T. B.) Die Regierung teilt mit, daß die Reichstagswahl in der zweiten Hälfte des November stattfinden wird. — Sie wird also noch einmal um anderthalb Monate hinausgeschoben!

Ein Mordtatt?

Kiel, 6. Oktober. (S. T. B.) Das Schwurgericht verurteilte den Arbeiter Gustav Pleker wegen Landfriedensbruch zu einem Jahre Zuchthaus. Die mitangeklagten Arbeiter wurden freigesprochen. Es handelte sich um einen Überfall auf Arbeitswilde. — Es handelt sich um eine bürgerliche Meldung. Näheres haben wir bisher noch nicht erfahren.

Auf zum Nordpol.

Friedrichshafen, 6. Oktober. (S. T. B.) Die gestrige Konferenz im Bureau des Grafen Pourtales, an der auch Prinz Heinrich von Preußen teilnahm, betraf nicht die Abnahme des B. III, sondern galt der Bildung eines Komitees zur Erforschung des arktischen Polargebietes. Der gestrige Anflug des B. III hatte eine Erprobung der Funkentelegraphie zum Zweck.

Spanien und Marokko.

Madrid, 6. Oktober. (S. T. B.) Die republikanischen und liberalen Blätter, die über die Ausführungen des Republikaners Costa über den Feldzug in Marokko und die Haltung der Regierung veröffentlichten, sind beschlagnahmt worden.

Paris, 6. Oktober. (S. T. B.) Der spanische Botschafter in Paris gab die Erklärung ab, Spanien beabsichtige nicht, Wlady Hasid den Krieg zu erklären und wolle weder Letzter noch andere Orte befeuern.

Paris, 6. Oktober. (S. T. B.) Nach einer Meldung des „Matin“ hat die spanische Regierung drei transatlantische Dampfer armiert, die die marokkanische Küste überwachen sollen.

Abdige Lebensart.

Rom, 6. Oktober. (S. T. B.) Der Überfall auf den Herzog Donato von Casaccia hat nun seine Aufklärung gefunden. Der Überfall stellt sich als ein Raubakt dar. Der Herzog war in der Wohnung einer Schneiderin, offenbar seiner Geliebten, erkrankt und hatte die junge Dame und deren Mutter durch erpügel und dabei so mißhandelt, daß beide ins Spital gebracht werden mußten.

Weimar, 6. Oktober. (S. T. B.) Eine Vollerversammlung der Ortsgruppe der deutschen Mittelstandsvereine und des Reichsverbandes der vollnützigen Erziehung vom Rentnerverbande werden dessen Stellungsnahme zum Sanjahunde.

Seitensstadt, 6. Oktober. (S. T. B.) Der hiesige Bürgermeister hat gegen sich selbst ein Disziplinarverfahren eingeleitet, weil in der Arbeiterpartei eine Proklamation verteilt wurde, in der verschiedene Anliegen gegen ihn erhoben wurden.

Wien, 6. Oktober. (S. T. B.) Am 19. d. Mts., den Tag der Eröffnung des Reichstags, beabsichtigen die Wiener Genossen, einer von Prag ausgehenden Parole zufolge, einen Demonstrationszug zum Prater zu veranstalten. Man dankt damit gegen die Wiener, daß Wien keine reine deutsche Stadt sei.

Paris, 6. Oktober. (S. T. B.) Der Aviatiker Falman erkläre einem Redakteur des „Journal“, daß bei der Berliner Flugwoche viel gesprochen, aber wenig gehalten worden sei. Es sei notwendig, daß sich alle Teilnehmer zusammenschließen, um gegen die Verankerung der Luft zu arbeiten.

London, 6. Oktober. (S. T. B.) In Lancaster tagte gestern eine Versammlung englischer Eisenbahnen. In einer Resolution wurde die Verstaatlichung aller Eisenbahnen verlangt, da die Gesellschaften nicht in der Lage seien, benötigende Gehälter zu bezahlen.

Warschau, 6. Oktober. (S. T. B.) Alle polnischen Schulen des Arbeiter-Verbandes wurden plötzlich auf ministerielle Anordnung hin geschlossen.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 6. Oktober:

- Plauer-Versammlung. Im Saale.
- Legalarbeiter-Versammlung. Villardzimmer.
- Arbeiter-Radsport-Verein. Abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung im Zimmer 1.
- Malier-Versammlung. Zimmer 2.
- Handlungsgehilfen-Versammlung. Zimmer 3.
- Donnerstag, den 7. Oktober:
- Kammer- und Tischler-Versammlung. Zimmer 1.
- Frankfurter Unterrieh. Beginn des neuen Kurzes Abends 8 Uhr im Zimmer 2.
- Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 7-9 Uhr im Zimmer 7.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Offiziell Sa (Oberior).

Montag, den 11. Oktober, Abends 8 Uhr: Zahlabend im Lokale Kopsack 6. Platz des Döwiger Waldes und im Döwiger Friedhof.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Götter. — Redaktion und Druckerei: Kopsack 6. Platz. — Druck von Th. Götter. S. a. d. D. — Druck in Breslau. — Druck von Th. Götter.

Der Streit um die Tabakarbeiter.

Nach Mitteilungen in einer Reihe von Zeitungen haben die Bundesregierungen Veranlassung zu Feststellungen über die Lage der Tabakarbeiter genommen. Dabei soll sich ergeben haben, daß die Beschäftigung im Tabakgewerbe gerade jetzt „eine außerordentlich angespannte“ sei. Dieses Ergebnis ist so verblüffend, daß man es kaum ernst nehmen kann. Und in der Tat werden die amtlichen Feststellungen, wenn sie einigermaßen nach einem richtigen Verfahren und von geschultem Personal vorgenommen worden sind, etwas anderes ergeben haben, als eine gespannte Tätigkeit in den Zigarrenfabriken. Ein solches Ergebnis würde auch ganz und gar im Widerspruch zu einer anderen amtlichen Darstellung der Geschäftslage stehen, die vom Kaiserlichen Statistischen Bureau im „Reichsarbeitsblatt“ gegeben wird. Dort heißt es:

In der Zigarren- und Tabakindustrie ist ein Umschwung eingetreten. Während bis zum 15. August, dem Tage des Inkrafttretens der neuen Steuergeetze, die Beschäftigung eine überaus lebhaft, teilweise kaum zu bewältigende war, hat die Tätigkeit seit diesem Tage ganz empfindlich nachgelassen, da der Bedarf an Zigarren und Zigaretten für die nächste Zeit im großen und ganzen gedeckt ist. Seit der zweiten Hälfte des Berichtsmonats (also seit 15. August) haben demnach in einer Reihe von bedeutenden Betrieben erhebliche Arbeitsverletzungen stattgefunden, ebenfalls sind Arbeiterentlassungen in größerer oder weniger starkem Umfang vorgenommen worden.

So das amtliche „Reichsarbeitsblatt“. Wir nehmen an, daß die Ergebnisse der besonderen amtlichen Feststellungen sich mit der Darstellung des „Reichsarbeitsblattes“ in der Hauptsache decken werden. Denn es ist heller Ansturm, wenn man auch nur einen oberflächlichen Blick auf die Lage des Arbeitsmarktes im Tabakgewerbe geworfen hat, von einer gespannten Tätigkeit zu reden. Aber mit der Abweisung einer irrigen Auffassung ist es in diesem Falle doch nicht getan. Man fragt vielmehr unwillkürlich, durch wen ist diese ganze Nachricht in die Presse gelangt, welchen Zweck verfolgt sie? Steht die Nachricht überhaupt aus einer amtlichen Quelle? Es ist gerade nicht nötig, daß die hier aufgeworfenen Fragen beantwortet werden; gut wäre es nur, wenn in Zukunft derartige Mitteilungen sich nicht mehr den Anschein offiziöser Charakter geben könnten. Was soll sich denn die große Zahl von arbeitslosen Tabakarbeitern denken, die jetzt lesen muß, die Regierung habe eine angespannte Tätigkeit in der Tabakindustrie festgestellt! Wie muß eine solche offiziöse Darstellung auf die von der Reaktion im Tabakgewerbe betroffenen Familien wirken! Oder will etwa wirklich jemand im Ernste behaupten, Arbeitszeitverkürzungen und Arbeiterentlassungen seien in letzter Zeit nicht eingetreten? Mögen auch von den Beteiligten die Wirkungen der starken Vorberufung aus Anlaß der neuen Besteuerung übertrieben worden sein, so lassen sich doch diese Wirkungen selbst nicht in Abrede stellen. Sie zeigen sich vor allem in voller Schärfe an der Bewegung des Andranges am Arbeitsmarkt, der von Monat zu Monat erfährt wird und der nicht aus irgend welchen Gründen retouchiert werden kann. Im Monat Juli stellte sich dieser Andrang an den öffentlichen Nachweisen, soweit sie an die Veröffentlichung des „Reichsarbeitsblattes“ angeschlossen sind, auf 100 Arbeitsuchende für je 100 offene Stellen, das heißt Angebot und Nachfrage deckten sich. Im August aber kamen auf 100 offene Stellen 157 Arbeitsuchende!

Der Erpresserprozeß Dahfel.

Vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin begann am Dienstag früh die Verhandlung gegen den Erpresser angeklagten Journalisten Dahfel, und seine Gattin Frau Schwardt. Dahfel wird vorgeworfen, daß er in dem Organ des antilemischen Reichstags „Abgeordneten Bruhn“ die Wahrheit Artikel veröffentlichte zu dem Zweck, von dem Angeklagten Geld zu erpressen. Andere Artikel hat er vor der Drucklegung den Angeklagten gezeigt, und sich erbötig erklärt, die Veröffentlichung zu unterlassen, falls finanzielle Opfer gebracht werden. Bei diesem Treiben soll ihm die Frau Schwardt als Recherchewirtin geholfen haben. Für die Dauer des Prozesses wurde die Öffentlichkeit vollständig ausgeschlossen. Lediglich ein Fall soll öffentlich verhandelt werden, der von der Anklage als Werbung charakterisiert wird. Doch wird der Preisrichter Thiele Berlin zugelassen.

Der Angeklagte bestritt, sich der Erpressung schuldig gemacht zu haben. Er erklärt, von der Not getrieben das Angebot des Reichstagsabgeordneten Bruhn, für die „Wahrheit“ zu schreiben, angenommen zu haben. Mit aller Schärfe wendet er sich gegen den Abgeordneten Bruhn, dessen Geschäftspraktik bei der „Wahrheit“ von einem Verteidiger dahin charakterisiert wurde: „Zuerst erschienen angelegte Artikel in der „Wahrheit“, dann sei dem Angeklagten nahe gelegt worden, der „Wahrheit“ Inserate zu überweisen, und wenn diese Bemühungen Erfolg hatten, dann seien Ehrenverklärungen für die betreffenden Personen erfolgt. Der Rechtsanwalt Dr. Werthauer behauptete direkt, daß die „Wahrheit“ ein Erpresserblatt sei. Der Angeklagte gibt noch an, daß die aufsehenerregenden Epigramme der „Wahrheit“, die in den Straßen beim Verkauf des Blattes ausgerufen wurden, von dem als Reigen gelobten Abgeordneten Bruhn herrühren. Ueber seine Stellung bei der „Staatsbürgerzeitung“ befragt, erklärt Dahfel, daß Bruhn dort Stellensucher getrieben habe. Er habe nur solche Leute als Redakteure engagiert, die größere Beiträge in das Geschäft eingelegt haben. Ein Oberleutnant habe 50.000 Mark gegeben und dafür bei dem Blatt eine Stellung erhalten, die garnicht existiert. Einen anderen Herrn habe Bruhn gegen eine Einlage von 6000 Mark zum Briefkasten-Redakteur gemacht.

Weiter behauptete der Angeklagte, daß er mit dem verstorbenen Minister von Miquel Beziehungen unterhalten und oftmals dahin gewirkt habe, daß Pressestandale vermieden werden seien.

Die Vernehmung der beiden Angeklagten bietet keine wesentlichen interessanten Momente, dagegen dürfte die Zeugenvernehmung etwas mehr Licht in das Treiben einer gewissen Berliner Presse bringen. Für die Verhandlungen sind zunächst zwei Tage angesetzt, es ist aber fraglich, ob die Sache in der Zeit erledigt werden kann.

Zur Erörterung gelangt unter Ausschluß der Öffentlichkeit der Fall der Baronin Liebenberg geb. Marie Sulzer. Der Angeklagte Dahfel wird beschuldigt, in diesem Falle, in dem es sich um das Verhältnis der Baronin Liebenberg zu einem Prinzen und ihre Ehescheidung von dem Baron Liebenberg handelt, zu dem Rechtsanwalt Klemperer, dem Sachverwalter der Baronin Liebenberg, gegangen zu sein und diesen bewegen zu haben, zur Unterdrückung eines diesen Fall behandelnden Artikels Geld herzugeben. Der Angeklagte Dahfel bestritt entschieden, in diesem Falle auf eine Erpressung es abgesehen zu haben. Ein gewisser Robert Bauer habe ihm ein Manuskript über den Fall Liebenberg angeboten, er habe gesehen, daß es sich um einen Skandalartikel handelte, und da habe er es als seine Aufgabe betrachtet, ihm das Material zu entziehen, denn er habe sich gesagt: Komme Bauer damit zu einem Nebenjournalisten oder zu Herrn Bruhn, dann gehe der Skandal los. Deshalb habe er den Artikel zunächst angehalten und sei damit zum Rechtsanwalt Klemperer

gegangen, da ein solcher Skandal gegen einen Prinzen gegen seine monarchische Bestimmung gehe und deshalb alles versucht werden müsse, eine Veröffentlichung zu verhindern. Man sei schließlich zu einem Vertrag gekommen, nach welchem der Rechtsanwalt ihm 300 Mark zur Verfügung stellte, um dem Bauer das Manuskript abzulösen. Der Angeklagte behauptet wiederholt, daß ihm jedes unartige Motiv bei dieser Unterhandlung ferngelegen habe.

Es wird der Artikel verlesen, den der genannte Bauer dem Angeklagten Dahfel angeboten hat. Alsdann wird Rechtsanwalt Klemperer vernommen. Er behauptet: „Eines Tages sei Dahfel bei ihm erschienen und habe ihm gesagt, daß ihm der Artikel zur Veröffentlichung von einem Dritten angeboten sei und seine konservative und monarchische Bestimmung ihn anlächele, das Erscheinen dieses Artikels zu verhindern. Er stehe mit der Presse in Verbindung und es sei ihm möglich, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß der Artikel nicht veröffentlicht würde. Er (Zeuge) habe sofort den Gedanken gehabt, daß es auf die Erlangung von Geld abgesehen sei und bleibe es für das nächste im Interesse seiner Klienten, darauf einzugehen, um einen öffentlichen Zeitungsstandal zu vermeiden und den Angeklagten gleichzeitig in die Hand zu bekommen. Er habe sich bereit erklärt, den Artikel dem Verfasser abzulösen. Dahfel sei sofort auf seine Anregung eingegangen. In demselben Wege hat sich ein Fall Weichheim abgepielt.“

Partei-Angelegenheiten.

Die Frankfurter Genossen nahmen am Dienstag den Bericht des Parteitag entgegen. Der erste Referent, Genosse Böcher, meinte u. a.: Einer der wichtigsten Beschlüsse des Parteitages sei die Ausschreibung des Schnapsbols. Die Parteigenossen hätten nun dafür zu sorgen, daß der Beschluß auch streng durchgeführt wird. Die Presse müsse fortwährend zum Boykott des Schnapses auffordern. Die Gegensätze zwischen Radikalen und Revisionisten seien nicht so scharf Natur, wie es manchmal den Anschein habe, sie würden mehr künstlich geschürt. — Der zweite Referent, Genosse Kuhn, gab wie der Vortrager, seiner Verdringung über den Verlauf des Parteitages Ausdruck. Auch in der Debatte kam fast einmütig die Verdringung mit Leipzig zum Ausdruck.

Die Münchener Parteigenossen beschäftigten sich am Freitag mit den Verhandlungen des Leipziger Parteitages. Am Schluß der Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute im Sachsischen Hof“ tagende Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Münchberg-Mitdorf erklärt sich mit den Beschlüssen des Leipziger Parteitages einverstanden. Die Versammlung vertritt ihre Genehmigung aus über den Verlauf des Parteitages und erwartet, daß die Beschlüsse desselben dazu beitragen, der Partei neue Anhänger zuzuführen und damit der Erreichung unserer Ziele um ein Bedeutendes näher bringen.“

Die Mannheimer Parteigenossen beschäftigten sich Donnerstag Abend in einer Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins mit den Verhandlungen des Leipziger Parteitages. Genosse Geiß bezeichnete die Erpresserfrage über die Erbschaftsteuer als einen Streit um des Kaisers Bart, denn die Reichstagsaktion habe sich für die dritte Lesung im Reichstagsrat noch nicht festgelegt gehabt. In der Diskussion meinte Genosse Dr. Franke, der friedliche Verlauf des Leipziger Parteitages sei deshalb möglich gewesen, weil die jüdischen Delegierten den norddeutschen Genossen im vorigen Jahre in Nürnberg gezeigt hätten, daß sie über manche Frage der jüdischen Parteibewegung ein falsches Bild haben. Nach der weiteren Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 30. September im Gewerkschaftshaus tagende Parteiversammlung spricht ihre Genehmigung über den guten Verlauf des Parteitages in Leipzig aus. Sie akzeptiert und begrüßt insbesondere den Beschluß des Boykotts über den Brandwein und verspricht, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für eine strikte Durchführung desselben einzutreten. Auch die Haltung des Parteitages zur Frage der Erbschaftsteuer und zu denjenigen der Reichstagsaktion, die die Versammlung, wie sie auch die Haltung der Delegierten der Organisation von unserem 11. badischen Reichstagswahlkreis gutheißt.“

Eine Auflage von 500.000 weist die letzte Septembernummer des sozialistischen Wochenblattes „Appel an Reason“ in Nordamerika auf. Die Zahl der Abonnenten des seit dem 31. August 1895 erscheinenden Blattes betrug am 11. September 367.120. Bis Anfang nächsten Jahres rechnet man auf 400.000 Abonnenten. Von da an sollen keine Inserate mehr aufgenommen werden; ein Unikum in der amerikanischen Presse.

Meine Zusammenkunft mit Sinida Jutschenko in Berlin.

Von Wladimir S. Burzew.

(Fortsetzung.)

Sobald wir uns im Salon gegenüber saßen, fragte sie mich: „Ich erwarte Ihre Fragen. Worüber wollen Sie von mir hören?“

„Ueber einige sehr ernste Fragen und wenn Sie wollen, so können Sie mir Erklärungen geben, die für mich sehr wertvoll sind. Die Revolution hat Material bekommen über Ihre Tätigkeit als Volapükler im Dienste des Polizeidepartements während der letzten 15 Jahre. Sie sind seit 1895 in diesem Dienst! Sie haben das erste Mal gegen den Zaren Nikolaus I. angehen! Zusammen mit den anderen Mitgliedern des Komplotz wurden Sie verhaftet, ins Gefängnis geworfen, und deportiert! Dann sind Sie ins Ausland gegangen! Die Regierung schätzte die Dienste, die Sie leisteten, so hoch, daß Sie Ihnen eine monatliche Vergütung von 100 Rubel zahlte! Von 1905 haben Sie von neuem Arbeit an der Arbeit der Organisation der Sozialisten-Revolutionäre in Rußland teilgenommen! Sie haben eine ganze Reihe wichtiger revolutionärer Unternehmungen zum Scheitern gebracht.“

Sinida Jutschenko hörte mit gespanntester Aufmerksamkeit aber zugleich so ruhig, so kaltsblütig zu, daß ich wahrhaftig ein wenig aus der Fassung kam. Wer uns gesehen hätte, würde geglaubt haben, daß wir uns über ganz harmlose Sachen oder über eine dritte Person unterhielten.

„Auf was gründen Sie Ihre Behauptungen?“ fragte sie mich.

„Auf unbestreitbare Angaben“, antwortete ich. „Was meine Quellen anbetrifft, so kann ich sie nicht nennen. Ich will Ihnen nur eins sagen: Unter den Informationen, die man mir jetzt geliefert hat, war nicht eine, deren Genauigkeit geleugnet werden konnte, und sobald ich „Ja“ sage — dessen seien Sie sicher — so steht dies „Ja“ fest.“

Die Jutschenko stellte mir nun eine Menge Fragen. Es interessierte sie besonders, zu wissen, woher ich meine Informationen habe, von Revolutionären oder aus einer Polizeiquelle. Ich unterbrach sie mit den Worten:

„Wo Sie geben die Wichtigkeit meiner Angaben zu?“

„Für mich ist Ihr Besuch keine Ueberraschung. Nach dem Falle Lascis habe ich meinen Chefs wiederholt gesagt: Jetzt

bin ich an der Reihe. Burzew wird mich entlarven und mich verderben. Ich sagte ihnen sogar: Er wird zu mir kommen und von mir Erklärungen fordern. Ich erwartete Ihren Besuch. Ich wünschte nur das eine, daß er nicht im Fall sein möchte.“

„Warum fürchteten Sie diesen Zeitpunkt?“

„Sie wissen, ich habe einen Sohn. Ich wollte mit ihm nach seine Ferien verbringen. Es ist ein prächtiger Junge. Ich liebe ihn wahnsinnig.“

Zum ersten Mal bereitete ihre Stimme Bewegung und Schrecken. Ich sah, sie sah in diesem Augenblick den schwarzen Abgrund der Verachtung und der Schande vor sich, der sich ihr aufthat.

„Aber solange fuhr sie mit gefestigter Stimme fort: In Ihrer Erzählung haben Sie einige Fehler begangen. So bin ich z. B. nicht im Jahre 1895, sondern im Jahre 1891 in den Dienst der Polizei getreten.“

Unwillkürlich erinnerte ich mich eines anderen ähnlichen Irrtums. Ich habe mich auch bei Azet in einer Jahreszahl getrrt. Ich glaube, daß er Volapükler seit 1893 sei, während er es schon seit 1892 war.

„Ja, ich bin im Dienste der Polizei. Sie täuschen sich, wenn Sie sagen, daß man mich aus dem Polizeidepartement gelassen hat, und daß man mich vor das Dilemma gestellt hat, entweder die Revolutionäre zu verraten und in die Polizei einzutreten oder verhaftet und deportiert zu werden. Das ist nicht wahr! Wenn ich im Dienste der Polizei bin, so bin ich nicht aus Furcht, sondern aus Ueberzeugung dazu gekommen.“

Ich bin abtlicher Herkunft, meine ganze Familie war durchdrungen von wildem Haß gegen die Revolutionäre und von tiefer und glühender Anhänglichkeit an die Regierung. Obgleich ich bisweilen das heroische Verhalten einiger Revolutionäre bewunderte habe, so bin ich doch immer ihr bewußter Gegner gewesen.

Zur Zeit meines Eintritts in den Dienst der Polizei war meine Familie mit der des Ehegatten der Polizei von Petersburg, Semjatin, bekannt. Er hat mir zuerst vorgeschlagen, ihm Informationen über die Revolutionäre zu liefern, die ich konnte, wobei er mir eine monatliche Entschädigung anbot. Ich habe angenommen. Als ich später nach Moskau reisen mußte, vermittelte Semjatin meinen Uebergang in den Dienst Subatoffs.

In Moskau bin ich in die Gruppe Raschputin gelangt, die das Attentat gegen den Zaren vorbereitete. Die ganze Gruppe wurde auf meine Anzeige hin am Vorabend der Ankunft Lascis verhaftet. Vor der Festnahme hatte Subatoff eine lange Beratung mit mir, um diejenige auszuwählen, die er am besten

ten mußte. Uebrigens ist es üblich bei uns, daß die Chefs mit ihren gewählten Mitarbeitern vor solchen Maßregeln Rücksicht nehmen. Subatoff schlug mir vor, mich in Freiheit zu lassen. Ich sollte irgend eine List gebrauchen, um die Aufmerksamkeit der Revolutionäre zu täuschen. Aber ich habe das kurzweg abgelehnt und verbrachte auf mein eigenes Verlangen ein Monats im Gefängnis. Ich unterhielt mich dort mit den Gefangenen vermittelst eines Klopfsystems und erfuhr so alle Einzelheiten über das Komplotz gegen den Zaren, die mir unbekannt geblieben waren, während ich mich in Freiheit befand. Ich übermittelte sie alle meinen Chefs von der Polizei, die mich im Gefängnis kuschelten. Nach der Gefängnisstrafe wurde ich auf mein besonderes Verlangen hin in den Kontaktus verbannt, wo ich mich verheiratet habe. Nach der Geburt meines Sohnes ging ich ins Ausland. Die Sorge, die ich meinem Kinde schuldete, hat mich vollständig in Anspruch genommen und ich zog mich vollständig von aller sonstigen Tätigkeit zurück.“

Ich kann meinerseits hinzufügen, daß die Teilnehmer am Komplotz Raschputins nicht vor Gericht gestellt wurden. Mit wurden auf administrativem Wege zur Deportation nach Sibirien oder zu Gefängnis verurteilt. Man bemerkt die Gerichtsverhandlung, damit die Spitzkrolle der Sinida Jutschenko nicht enthüllt werde. (Schluß folgt.)

Stadt-Theater.

„Donna Diana“, Lustspiel nach dem Spanischen des Moreto.

Dieses alte spanische Lustspiel mit seinem eleganten und kompositischen Stil, mit seinem wirksamen, dramatischen Aufbau, gehört mit zu den beliebtesten Darbietungen dieser Gattung. Und das Lustspiel wird um so bessere Aufnahme finden, je besser die darstellenden Kräfte einer Bühne sind. Gestern standen unsere besten Künstler im Kreise. Frau Santen als Donna Diana, Herr Bauer als Don Cesar und Herr Müller als Herr Peribon mit ihrem ausgezeichneten Spiel den Mittelpunkt der Handlung. Frau Santen, die anfangs die gegen Herrn Peribon, in platonischem Gelde erregte Philosphin sein muß, wurde am Ende des Spiels mit Uebereignung wieder das fröhliche, nach Liebe verlangende Weib, das die platonische Auffassung von Liebe und Leben nach hartem Kampfe fallen läßt, wo der Mensch von Fleisch und Blut die Liebe geblendet ihre Rechte fordert. Herr Bauer war bei guter Laune und stellte den hart verzweifelnden und doch überlegenen Liebhaber mit wunderlicher Verfaßtheit dar. Das Gleiche gilt von Herrn Müller, dem letzten Liebhaber.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 6. Oktober.

Geschichtskalender.

Oktober.

1843 Kaiser Josef's Stucht aus Wien.
1849 Der nordamerikanische Dichter Allan Poe t.

An die genadigsten Beamten!

In der jüngsten Nummer der Zeitschrift „Der deutsche Beamte“ entdeckten wir die nachstehenden beachtenswerten Ausführungen:

Wenn die Steuerzahler zu Zeiten eines allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwunges, zu einer Zeit normaler wirtschaftlicher Verhältnisse einsetzt, dann läßt sich das wohl ertragen; jetzt aber, wo das deutsche Volk seit über fünf Jahren unter den empfindlichsten Feuerüberbältnissen, die von Tag zu Tag wachsen, leidet, ohne daß ein Ende dieser Not abzusehen ist, erscheint das starke Ausmaß der Steuerlast geradezu als ein rationales Unglück, als ein Todesstoß, der dem deutschen Volk wirtschaftlich den Garaus machen soll. Statt, daß man von oben her danach trachtet, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um die verhängnisvolle Steuerlast zu beseitigen und wieder normale Verhältnisse, unter denen allein ein Volk sich wirtschaftlich und geistig entwickeln kann, herbeizuführen, schüttet man eine ganze Pandorabüchse neuer Steuern auf das Volk und sagt, wie zum Spott, zu dem belächelnden Komiker noch neue Lasten und Entbehrungen hinzu.

Die von den bürgerlichen Parteien betriebene Wirtschaftspolitik und deren unheilvolle Folgen für das Volk sind hier vollkommen zureichend geschildert. Es gilt aber, hieraus eine Lehre zu ziehen. Gerade die millernden und unteren Beamten ließen sich in ihrer Mehrzahl immer wieder von den bürgerlichen Parteien und vom Reichsverband nachführen, sie halfen bisher noch stets bei allen Wahlen — in Reich, Staat und Kommune — die Kandidaten für die Reaktionsäre aus dem Feuer holen und empfangen zum Dank dafür ebenso regelmäßig Stockprügel auf den Magen. Sie haben also eigentlich wenig Ursache, über das Joch zu jammern, das sie sich selbst auflegen halfen. Indessen zeigen die zitternden Ausführungen doch mit erfreulicher Deutlichkeit, wie die reaktionäre, das Volk ausaugende Politik der reaktionären Parteien die Köpfe der Beamten zu revolutionieren beginnt. Möge die Auffklärung so anhaltend und nachhaltig sein, daß die Beamten in Zukunft nicht zu den „allergrößten Kälbem“ gehören, die nach einem vorzeitigen Reimwort ihre „Megger selber wählen.“

* 80 Steuerbeamte sind seit Sonnabend in Berlin

mit der Aufnahme der nachzuversteuernden Streichhölzer beschäftigt. Sie besuchen zu diesem Zweck bejorkweise die sämtlichen Kolonial-, Grünwaren-, Seifen-, Zigarren-, Geschäfte usw., um den vorhandenen, für den Verkauf bestimmten Bestand an Zündhölzern zu ermitteln. Die Beamten sind angewiesen worden, nicht allzu streng zu verfahren und zu gestatten, daß kleine Vorräte für den Privatgebrauch nach den Wohnräumen gebracht werden. Die Geschäftsleute seien jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß sie die für den Verkauf bestimmten Zündhölzer, falls ein Steuerbeamter die Aufnahme nicht rechtzeitig vorgenommen hat, bis zum 5. Oktober, Vormittags, selbst zur Nachversteuerung auf dem Hauptsteueramt in der Kleinen Präsidentenstraße anzumelden haben. Werden bei den Revisionen nach diesem Zeitpunkt nicht gemeldete Vorräte in ihrem Geschäft gefunden, so tritt die gesetzliche Strafe wegen Steuerhinterziehung ein.

Das erste also ist, daß die Steuerzahler mit ihrer Zündhölzchensteuer ein Heer von sonst überflüssigen Steuerbeamten bezahlen.

* Die Kinder der Armut und die Schularbeiten.

Zu unrecht werden häufig genug die Kinder in der Schule bestraft, wenn die Schularbeiten nicht gründlich genug erledigt worden sind. Es gibt, wie jeder Mensch weiß, genug Schulkinder aus den ärmeren Klassen, denen weder die Zeit noch die Gelegenheit bleibt, die Arbeiten zu verrichten, selbst wenn der gute Wille da ist.

Eine interessante Statistik hat sich damit beschäftigt, zu ermitteln, unter welchen Bedingungen die Kinder ihre Schularbeiten verrichten. Das Ergebnis war folgendes: Von 1000 Schulkindern der ärmeren und arbeitenden Klassen verrichteten 600 die Arbeiten, die sie zu Hause für die Schule erledigen sollten, auf der Straße, während sie sich mit der Wartung jüngerer Geschwister beschäftigten. In einzelnen Gegenden, da, wo man es gewohnt ist, die arbeitenden Klassen zu treffen, steht man allenthalben das gleiche Bild, daß nämlich der halberwachsene Knabe oder das kaum erwachsene Mädchen den Kindermagen schleibt, während die freie Hand das Buch hält und der Geist ver sucht, die Dinge in sich aufzunehmen, die die Schule verlangt. Etwa 100 Kinder mußten die Schularbeiten verrichten während der Verkaufsstunden in den Geschäftstokalen, während der Arbeit auf dem Felde, in der Zeit, da sie sich außer mit den Arbeiten noch mit der Wartung des Viehes beschäftigten mußten. In unglücklichsten Stellungen steht man die Kleinen sehr oft die Arbeiten schreiben, die die Schule von ihnen fordert. Es gibt eine Anzahl von Wohnungen, in denen jeder Raum so ausgenutzt ist, daß das Kind für sich und seine Schulbücher keinen Platz finden kann.

Die Statistik erzählt, daß ein Maßen, der zur Aufbewahrung der Kohlen dient, nicht selten als „Tisch“ für die Arbeiten dienen muß. Der erhaltene Verd der Küche gilt schon bei einem großen Teil der Kinder als idealer Platz. Ein Schreibpult besitzen von all den Besuchern und Besucherinnen der Volksschulen etwa 1/2 Prozent, und das waren hauptsächlich Großstadtkinder, und unter diesen wieder in der Mehrzahl Forterkinder. Auf der Erde hockend, auf einer Fußbank kauend, gebeugt und gebückt, so werden die Arbeiten der Schule geleistet in den zahlreichsten Fällen gemacht.

* „Wichtig für Kirchenbetiler!“ Man lese folgendes Inserat:

„Kirchlicher Kirchenbetiler hat zu günstigen Bedingungen eine große Anzahl von Adressen katholischer Wohltäter künstlich oder leibweise abzugeben. Anfragen unter S. S. 5716 an die Administration d. Bl. erbeten.“

Diese Bekanntmachung möchte gewiß jeder für den schlechten Witz eines Kirchenfeindlichen Mißbrauches halten. Sie steht aber in Wirklichkeit samt dieser Ueberschrift in der Nr. 9 des „Korrespondenz- und Offertenblattes“ für die gesamte katholische Geistlichkeit.

Man weiß nicht recht, was sich die Leitung des Blattes bei Aufnahme des Inserats gedacht hat. Das Inserat ist aber Tatsache und jeder mag seine beliebigen Schlüsse daraus ziehen.

* Federn- und Blumenarbeiterinnen aufgepaßt! Ueber die Breslauer Schmiedefedern-Industrie lesen wir in der „Schl. Bl.“ folgendes:

Auf dem Gebiete der Industrie für Straußenfedern und künstliche Blumen genießt Breslau seit alter Zeit den berechtigten Ruf einer der ersten Plätze Deutschlands zu sein. Breslaus Kunstergewerbe hierin werden durchweg von Frauenhänden hergestellt, die infolge langjähriger Uebungen eine erbliche Fertigkeit erlangten, daß sie auf dem Gebiete der Schmiedefedern- und Blumenindustrie den vollendeten Pariser Schöpfungen ebenbürtig an die Seite treten können. Vor allem aber schlagen unsere heimischen Erzeugnisse die Pariser vollends durch ihre billigeren Preise, und diese treten wiederum dadurch in die Erscheinung, daß Paris um 100 Prozent teurere Arbeitelöhne zu zahlen hat, und seine Rohmaterialien zu den aus Italien-, Oester-, Oester- oder Venedigern hergestellten Pariserarbeiten erst zu einem ganz erheblichen Teile aus Schlesien bezieht. Einen der Hauptartikel der diesjährigen Herbstmode bildet die Straußenfeder, die in fast ungläublichen Mengen nachsichtlich „verbraucht“ wird.

Daß in der Industrie der Federn und künstlichen Blumen besonders elende Arbeits- und Lohnverhältnisse bestehen, ist bekannt. Alle Versuche aber, die Arbeiterinnen zu organisieren, scheitern beinahe fehl. Nur in geringer Zahl gehören diese Arbeiterinnen dem Verbande der Schneider und Schneiderinnen an. Unter diesen Umständen ist es deshalb auch nicht zu ver-

wundern, wenn sie nur den halben Lohn von Pariser Schöpfungen ähnliche Arbeit leisten müssen, was ja auch die Belohnungsbereitschaften bereits gezeigt haben. Die deutschen Unternehmer aber machen die glänzendsten Geschäfte, gerade wegen der Bedürfnislosigkeit ihrer Arbeiterinnen. Nur solchen Arbeiterinnen kann es auch passieren, von der „Schlesischen Zeitung“ gelobt zu werden.

Der Arbeitsvertrag der Federn- und Straußenbau-Gesellschaft Wolffsohn u. Co. Diese Gesellschaft führt in der technischen Hochschule die einschlägigen Arbeiten aus. Sie hat zu diesem Zwecke eine Kolonne Zementarbeiter eingestellt, mit der sie einen Vertrag abgeschlossen, der wert ist, bekannt zu werden. Kündigungsklausel ist gegenständig ausgeschlossen, aber das genügt der Firma noch nicht, die Arbeiter haben danach auch keinen Vermögensentschädigung zu verlangen, wenn sie mit der Arbeit aussetzen müssen, gleichviel, ob die Firma selbst oder die Bauverwaltung es für notwendig hielt, die Arbeit ruhen zu lassen. Die Kolonne hatte fleißig gearbeitet, plötzlich aber ließ es aussetzen. Niemand wollte warum. Die Arbeiter waren einfach entlassen. Zwei derselben, der Kolonnenführer und ein Mitarbeiter, klagten auf Entschädigung vor dem Gewerbegericht. Ein Jeder forderte 35 Mark Schadenersatz. Letzter war der Kolonnenführer bei der mündlichen Verhandlung nicht anwesend, und so konnte nur die Klage des Arbeiters verhandelt werden. Der Vertreter der Gesellschaft schloß sich ganz und gar auf den Arbeitsvertrag. Niemand habe etwas zu beanspruchen, die Bauverwaltung habe die Arbeit aussetzen lassen und damit hätten die Arbeiter sich zufrieden zu geben. Uebrigens klammerte sie die Kläger an nichts, nur mit dem Kolonnenführer sei der Vertrag abgeschlossen worden. Das Gewerbegericht schloß, bei der Bauverwaltung anzutragen, warum die Leute nicht weiter arbeiten durften. Die Bauverwaltung antwortete, sie habe in der Zeit andere Arbeiten ausgeführt und deshalb die Studierarbeiten unterbrechen müssen. Nach dem Buchstaben des Vertrages konnte das Gericht allerdings nichts machen, da der Vertrag vom Kolonnenführer unterschrieben war. Der Vorsitzende Dr. Baeklein verfuhr wenigstens einen Vergleich auszuhandeln, aber auch davon wollte der Vertreter nichts wissen, wenn wir dem Mann etwas zubilligen, kommen auch die anderen Arbeiter und wollen etwas haben, und das gebe nicht an. Nach mancherlei Vorhaltungen bequimte sich der Vertreter als Abfindung unter Vorbehalt der Bewilligung der Firma anzubieten.

Es ist höchste Zeit für die Zementarbeiter sich zu organisieren, wenn sie nicht haben wollen, daß die Arbeitgeber mit ihnen machen, was sie wollen. Die Herren sind nur auf ihren Nutzen bedacht, ihnen ist es gleich, was mit ihren Arbeitern geschieht. Schlimm genug, daß die Bauverwaltung Firmen Aufträge erteilt, die so wie diese Gesellschaft mit ihren Arbeitern verfährt.

* Was muß ein geprüfter Bautechniker wissen? Ein eigenartiger Streitfall spielte sich vor dem hiesigen Gewerbegericht ab. Der junge Bautechniker N. war in Stellung in dem Baugeschäft von Sch., er erhielt einen Monatsgehalt von 110 Mk. Nach etwa zwei Monaten ist er wegen Unfähigkeit entlassen worden. Der junge Mann beantragte wegen unangenehmlicher Entlassung eine Entschädigung von 125 Mk. Der Beklagte verlangte Abweisung der Klage, weil Kläger seiner Stellung nicht gewachsen sei, selbst die einfachsten statischen Berechnungen habe er nicht richtig gemacht, die von ihm gefertigte Baugzeichnung sei von der Baupolizei-Verwaltung zurückgewiesen worden, Kläger sei durchaus unfähig, einen Posten als Bautechniker zu bekleiden. Der Kläger behauptet, daß er seine Sache verstehe, er habe die königliche Baugewerkschule in Breslau und Posen besucht und wisse, was ein geprüfter Bautechniker zu leisten habe, er sei doch aber erst Anfänger. Der Beklagte gab darauf an, auch der Anfänger muß diese einfachen Sachen verstehen. Das Gewerbegericht beschloß die Vernehmung eines Sachverständigen in der Person des Architekten S. S. S. Dieser beauftragte, daß ein geprüfter Bautechniker unbedingt leichte statische Berechnungen verstehen muß, auch als Anfänger; wenn der junge Mann aber sonst etwas vom Fache versteht und sich Mühe gibt, so liegt kein Entlassungsgrund vor. Einen jungen Bautechniker muß man eben suchen heranzubilden. Ein Vertreter der Arbeitgeber fragte den Sachverständigen, ob es nicht vorkomme, daß selbst Rechnungen von tüchtigen Meistern von der Baupolizei zurückgewiesen werden? Diese Frage mußte der Sachverständige bejahen. Der Beklagte gab an, nicht nur die statischen Berechnungen waren falsch, auch die Zeichnungen selbst waren nicht einmal richtig. Der Sachverständige wurde nun ersucht, die Zeichnungen im Geschäft des Beklagten zu beschauen. Im nächsten Termin erklärte der Sachverständige, es seien ihm nur Kopien vorgelegt worden. So einfach wären die Sachen gerade nicht, das seien schon Arbeiten für eine tüchtige Kraft. Der Beklagte legte eine Zeichnung eines Baues vor, auf der das Dachgeschloß nicht richtig gezeichnet war. Der Kläger bestritt entschieden, daß diese Zeichnung von ihm gearbeitet sei. Der Beklagte bestand auf einem Obergutachten. Da es sich um eine prinzipiell wichtige Sache handelt, gab das Gewerbegericht diesem Antrage statt. Im nächsten Termin wird Regierungsbaurat Ehrlich als Sachverständiger vernommen werden.

Malheur antick. Am Anfang des dritten Aktes befahl ihn wieder in Unwohlsein, das zwar nicht so schwer war, wie kürzlich im Duquet, das aber immerhin die Vorstellung einige Minuten unterbrach. Als der Vorhang wieder aufging, fandete das patriotische Publikum dem beliebten Künstler lebhaften Applaus. Auch wir wüßten dem trefflichen Schauspieler recht bald oblige Kränze seiner Geliebtheit. Von dem anderen Schützen, dem Damen Duren, Fand und Will und den Herren Barua, Offel und Halpern ist ebenfalls nur Gutes zu sagen. Alle fügten sich zu einem guten Entschluß, ein einheitlich zusammen zu treten. Die Regie leitete Herr Massen. Wenn wir mit keinen Höhenparanomenis zum großen Teil zufrieden sind, so müssen wir jedoch bemerken, daß die wichtige romanische Halle im ersten Akt doch etwas zu brüchig für die leichte spanische Grandezza des Kostüms war.

Aus aller Welt.

Soldatendigungen für Tolstoi in Moskau. Dem Grafen Tolstoi, der am Dienstag durch Moskau kam, wurde, als er vom Kaiserhof wieder abrief, eine große Kundgebung bereitet. An gewaltigen Menschen hatten sich schon einige Zeit vor der Abreise Tolstois auf dem Kaiserhof und in der Umgebung versammelt. Als er ankam, empfing die Menge den großen Einsiedler von Jasnaja Poljana mit begeisterten Hurra's. Kurz vor der Abfahrt des Grafen trat Tolstoi an das Sprecherpult und sagte mit bewegter Stimme: „Etwas Schönes habe ich nie erwartet. Ich bin glücklich und tief gerührt und danke Ihnen.“ Tolstoi konnte dann vor Bewegung nicht weiter sprechen. Tüchern liefen ihm über die Wangen.

Ueber den Ring William Wright über den New Yorker Börsen und den Aufbruch nach folgende ausführliche Schilderung gegeben:

Der Ring war einer der schönsten, die William Wright je gemacht hat. Die Geschichte und Offiziere der im Hafen liegenden Kriegsschiffe oder Nationen besaßen den süßen Anblick und Frankreichs Gurus, vom Meer aus erhob ein scheinbar lebendes Grollen der Sirenen der dortigen Wälder. Wright zog von Gouverneur Island aus in einer Höhe von 2000 Fuß gegen das Meer und der Freiheitsturm hindurch. Wright sah er seinen Weg durch ein großes Nebelmeer verlaufen. Selbst er sah mit keinem Anzeichen in größerer Höhe und zog

regami über das Dreieck des Kriegsschiffes dahin. Dann vergrößerte er seine Fahrgeschwindigkeit und flog zugleich bis zu 200 Fuß Höhe auf. Er flog dann nach der New Yorker Seite der Nacht hinüber und dann den Fluß hinauf, so daß er nach einigen Minuten über dem Grabdenkmal des Präsidenten Grant schwebte. Von hier aus lenkte er sich in großer Geschwindigkeit fast schunurstrals auf den britischen Kreuzer „Drake“ hinab, dessen stärkster Mast er in so großer Nähe passierte, daß die nach Hunderttenden zählende Passagiermenge im ersten Augenblicke voller Entsetzen glaubte, daß der Peroplan aufgeschloßt werden würde. Wright wendete aber sicher und floz nun mit dem Winde den Dunstschleier hinter sich Gouverneur Island zurück. Unter Abschattung der von ihm beschriebenen Winkel und Kurven hat Wright eine Strecke von 24 englischen Meilen zurückgelegt.

Eine geborene Ordnungsjücker. Tüffel Bitten hat wieder einmal seine Rollen nach einem heiligenmässigen Vertreter der guten Betramtschläge angegetret und ihm zu Fall gebracht. Der der Verurteilung Erleazer ist kein Gerinoreter als der erste Präsident des Hinduborstendes Rechtsanwält August Peis in Landshut (Niederbayern), der sich in gerichtlicher Verhandlung wegen Ausschlag der Dienstlichkeit vor der Strafkammer in Landshut unter einem Verbrechen wider die Sitlichkeit zu verantworten hatte. Peis war ein eifriger Förderer des Vereins zur Bekämpfung der Unsitlichkeit; während er seinen Gesinnungsgegnossen die Jagd nach Unsitlichkeiten überließ, fing er mit einem noch nicht vierzehnjährigen Mädchen eine Fibel an und brachte es zu Fall. Er machte mit dem Kinde Anschläge im Auto nach München, übernachtete hier mit ihm gemeinsam in einem Zimmer eines Hotels, wofür er sein Opfer als seine Schwester angab. Als sich die Folgen seines Ungehorsams bei dem Mädchen einstellten, ließ er sich von München ein Mittel zur Abtreibung der Leibkinder schicken. — Peis behauptete in der Verhandlung, daß er das Alter des Kindes nicht gekannt habe. Er habe auch nicht gewußt, in welchem Alter die Kinder in Bayern aus der Schule kommen, eine Behauptung, die den Vorhergehenden veranlaßte zu erwidern: das sei von einem Manne, der im politischen Leben stehe und Rechtsanwalt sei, doch kaum anzunehmen. — Der Staatsanwalt beantragte gegen den sonderbaren Täter der Unsitlichkeit 1 Jahr 2 Monate Gefängnis und sofortige Verbannung. Die Verteidiger beantragten primär Freisprechung event. eine mildere Strafe; unter allen Umständen aber wolle das Gericht die sofortige Verbannung nicht anerkennen und boten dem Gerichte in diesem Falle eine Kaution von 40,000 Mark an. Das Gericht ging über den Antrag des Staatsanwalts hinaus, erzwang auf eine Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren, lehnte das Anerkennen der Kaution ab und ordnete die sofortige Verbannung des Angeklagten an.

Der Zar löst die Revolution aus der Geschichte. Der „Frankf. Bl.“ wird aus Rußland geschrieben: Als der Zar Zemashopol besuchte, wurde ihm unter vielen anderen auch ein für den Posten eines Vizegouverneurs auserborener Beamter vorgestellt, der während der Revolution leicht verwundet worden war und jetzt diesen Umstand zu seiner Gunsten auszunutzen beabsichtigte. Er hatte eine wohlgefügte Rede ausgearbeitet, die seine heldenmütige Brevit-schäft für den Zaren andeutete. Der Gouverneur in spe begann schwungvoll seine Rede: „Während der fürchterlichen Revolution, die...“ Hier unterbrach ihn jedoch der Zar mit der kühlen Bemerkung: „Es hat in Rußland keine Revolution, sondern nur Unruhen gegeben“ und ließ den nicht gerade geistreich aussehenden jüngsten Vizegouverneur stehen, um sich dem folgenden Beamten zuwenden. Die in Aussicht genommene Ernennung des „Opfers der Revolution“ zum Vizegouverneur sollte vorläufig aufgeschoben worden sein.

Diese Geschichte erinnert an den brauen sächsischen König, der die Meinung vom Ausbruch der Revolution mit der Frage beantwortete: „Darf man denn das?“

Frankreichs Entvölkerung. Aus Paris wird geschrieben: Der bekannte Erfinder des anthropometrischen Messverfahrens, Bertillon, hat soeben eine interessante Statistik über den Anteil verdinglich, den die Intellektuellen Frankreichs an der seit Jahren beobachteten Entvölkerung des Landes haben. Er hat eine Liste von 446 der bekanntesten Franzosen aufgestellt und die Zahl der lebenden Kinder dieser französischen Berühmtheiten durch direkte Nachfrage ermittelt. Es hat sich ergeben, daß diese 446 Intellektuellen nur 575 Kinder haben, und wenn die übrigen Franzosen dem Beispiel ihrer geistigen Führer folgen würden, so würde die französische Nation in dreißig Jahren auf die Hälfte zusammenschrumpfen. Bertillon hat die in Bezug auf ihre Fruchtbarkeit untersuchten berühmten Franzosen in Kategorien geteilt, und es stellt sich dabei heraus, daß 94 Künstler 104 Kinder besitzen. Nur 11 von ihnen haben mehr als 2 Kinder. Die Gruppe der Literaten ist noch unfruchtbarer. Auf 133 Männer der Feder entfallen nur 127 Kinder. Nur 5 haben mehr als 3 Kinder und 65 sind kinderlos. Am kinderreichsten sind verdinglichmäßig noch die französischen Politiker. Die 111 Politiker, die Bertillon befragt hat, haben 133 Kindern das Leben gegeben. Der Rest der von Bertillon in seine Statistik aufgenommenen Berühmtheiten umfaßt 23 hervorragende Geschäftsleute mit 35 Kindern, 33 Offiziere und Staatsbeamte mit 54 und 51 andere Berühmtheiten verschiedener Art mit 56 Kindern. Bertillon fügt dieser Statistik jedoch selbst die Bemerkung hinzu, daß die darin aufgenommene Zahl von Männern zu klein sei, als daß sie eine genaue Basis für Deduktionen über die Unfruchtbarkeit des französischen Volkes abgeben könnte.

Das Arbeiterreferat Breslau im Monat September 1909 von 778 Personen in Anspruch genommen worden; davon waren erstmalige Besucher 697, wiederholt erschienen 81, im ganzen wurde in 829 Fällen Auskunft erteilt.

Von den 778 Personen waren männlich 646, weiblich 132, organisiert 630, Ehefrauen Organisierten 64, Organisationsunfähige 84, wohnhaft in Breslau 695, auswärtig 83. Die Zahl der angefertigten Schriftsätze betrug 278.

Was darf vom Lohne abgezogen werden? Darüber bestehen sowohl in Unternehmer- wie in Arbeiterkreisen noch tiefes Unverständnis. Es ist deshalb nochmals darauf hingewiesen, daß der Unternehmer Zuzahlungen für Krankenversicherungsbeiträge und die Hälfte der Beiträge zur Invaliden- und Altersversicherung vom Lohne in Abzug bringen kann. Vertragsmäßige Abwechslungen sind nur zu Gunsten des Arbeiters zulässig. Der Abzug kann jedoch bei den Lohnzahlungen erfolgen. Ist es jedoch unterlassen worden, bei den jeweiligen Lohnzahlungen solche Abzüge zu machen, so kann nachträglich nur mehr für die letzten zwei Lohnperioden ein Abzug erfolgen. Unter Lohnperiode versteht man die Zeiträume, nach deren Ablauf der Lohn vereinbarungsgemäß oder herkömmlicherweise zu zahlen ist (zum Beispiel wöchentlich oder biwöchentlich), ohne Rücksicht darauf, ob der Lohn an den Fälligkeitsterminen tatsächlich verlangt und bezahlt wurde oder nicht. Ferner sind gemäß § 119a der Gewerbeordnung Lohnneubehaltungen (Kauttionen) gestattet, die von Unternehmernehmern zur Sicherung des Erfolges eines ihnen aus der widerrechtlichen Auflösung des Arbeitsverhältnisses erwachsenden Schadens oder einer für diesen Fall verabschiedeten Strafe auszubehalten werden; die Höhe dieser Kauttionen darf jedoch bei den einzelnen Lohnzahlungen ein Viertel des fälligen Lohnes, im Gesamtbetrage den Betrag eines durchschnittlichen Wochenlohnes nicht übersteigen. Jedoch dürfen diese Lohnneubehaltungen nur erfolgen, wenn dies im Einverständnis mit dem Arbeiter ausdrücklich oder schriftlich im Arbeitsvertrage festgelegt wurde. Sonstige Lohnabzüge sind regelmäßig untersagt.

Obstmarkt in Breslau. Die Landwirtschaftskammer Preußens Schlesien beantragte am 12. und 13. Oktober in Breslau im Kammermusiksaal des Konzerthauses erstmalig einen Obstmarkt. Die Veranstaltung soll in erster Linie den Produzenten eine möglichst gute Verwertung des Frischobstes erleichtern und den direkten Verkehr von Produzenten und Konsumenten in die Wege stellen. Es ist deshalb zunächst Sache der Produzenten, den Obstmarkt reichlich mit gutem, bester Sorten und zweckmäßig verpacktem Obst zu besetzen, um den Konsumenten in ausgiebiger Weise und in reichlicher Auswahl Gelegenheit zu geben, direkt beim Händler ihren Bedarf an gutem Tafel- und Wirtschaftsobst preiswert decken zu können.

Die Bestimmungen für die Obstmärkte sind, nach Ansicht der Landwirtschaftskammer, so getroffen, daß ihre Befriedigung sowohl den Bestreben größerer Obstplantagen wie auch den Produzenten kleinerer Mengen möglich ist. Für letztere empfiehlt sich auch hier der gemeinsame Verkauf; Landwirtschaftskammer und Obstbauvereine bieten sich in der Befriedigung des Obstmarktes durch Sammelverkäufe von Obst ihrer Mitglieder eine willkommene Gelegenheit, auch nach dieser Richtung den Interessen der selben zu dienen.

Das Eiserjudenattentat auf die „Förster-Christen“ hat in der gestrigen Schwurgerichtsverhandlung zur Verurteilung des Angeklagten Anton Dwozga (Hof) zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis geführt, nachdem die Geschworenen die Schuldfrage auf schwere Körperverletzung mit der Folge einer dauernden erheblichen Entstellung der Verletzten bejaht. Ihn aber mildernde Umstände zurechnen hatten. Die ärztlichen Sachverständigen hatten Hof als geistig minderwertig und hysterisch, aber nicht als geisteskrank in dem Maße erachtet, daß bei Verübung der Tat seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen gewesen wäre. Für die Frage, ob der Angeklagte die dauernde Entstellung der als Lebenslangerin zugelassenen Sängerin Henri Thoraun beabsichtigt habe, kam die Aussage zweier Mitglieder des Schauspielhauses in Betracht, wonach Hof einige Wochen vor der Tat sich im Hinblick auf sein Münchener Erlebnis äußerte: wenn eine Frau ihn noch einmal betrüge, werde er sie so verhandeln, daß sie einen dauernden Dentzel habe.

Der Staatsanwalt hatte nach dem Schuldspruch der Geschworenen eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren neun Monaten beantragt. Zur Begründung des auf ein Jahr drei Monate lautenden Urteils wurde ausgeführt, wenn auch die Tat im Affekt begangen wurde, so sei sie doch mit großer Roheit angefaßt worden. Weist wurde schon wegen eines bloßen Weisheits auf ein Jahr Gefängnis erkannt. Da die Verletzte aber geradezu zerschunden und dauernd entstellt sei, erscheine die erkannte Strafe nicht als zu hoch. Drei Monate davon wurden durch die erlittene Untersuchungsfrist als verbüßt erachtet.

Fundfachen-Versteigerung. Am Dienstag fand im Empfangsgebäude des Hauptbahnhofes eine Versteigerung einzelner und nicht zurückbegehrender Fundfachen und Handgepäckstücke öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Bezahlung statt. Neuartige, Tüdder und private Kaufstücke hatten sich zahlreich eingefunden und horten flott auf die meist partienweise verankauften neuen oder noch gut erhaltenen Fundstücke, als Schirme, Stöcke, Kleiderkörbe, Koffer, Hüte, Kleider, Wäcker, Taschen, Decken, Handtaschen und was sonst die Reisenden auf der Eisenbahn liegen lassen. Die Auktion brachte sehr guten Erlös. Die anwesenden Händler verkauften auch gleich unter sich oder aus Publikum die Gegenstände weiter. Das Fundbüro ist ein interessanter Raum, in dem peinlichste Ordnung herrscht. In hohen Regalen liegen die Fundfachen bündel sortiert, sauber geordnet ein halbes Jahr, wonach sie versteigert werden.

Jüdisches Volkstheim (Lohnbesohle). Das jüdische Volkstheim (Lohnbesohle), das im vergangenen Winter sich nach dem vorliegenden ersten Tätigkeitsbericht gut entwickelt hat, öffnet am Sonntag, den 10. Oktober, in seiner bisherigen, aber neu renovierten Halle Ring 43, 1. Etage, seine Pforten. 28.757 Personen oder durchschnittlich 206 Personen an jedem Abend besuchten in der Zeit vom 18. Oktober 1908 bis 31. März 1909 das Volkstheim. An 96 Abenden wurden populäre wissenschaftliche Vorträge oder musikalische Darbietungen veranstaltet; an den anderen Abenden unterhielten sich die Besucher durch das Lesen der zahlreichen ausliegenden Zeitungen und Journale oder befüllten sich an Brettspielen, wie Schach, Lotto, Domino, Galina usw. Kartenspiele sind prinzipiell verboten. An jedem Abend wurde den Besuchern des Volkstheims unentgeltlich Tee und Gebäck verabreicht. Weist waren es junge Männer und junge Mädchen, welche die Lohnbesohle aufsuchten, also die, für die das Volkstheim geschaffen worden ist, denen ein Schutz vor den Gefahren der Großstadt geboten werden sollte. Man hofft, daß das Interesse an der wohltätigen Einrichtung in der kommenden Winterzeit infolge des 8 Uhr-Abendenschlusses noch erheblich wachsen wird.

Brauer-Verband. In der am Dienstag im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde mitgeteilt, daß die Verwaltungskasse Breslau erstmalig Fortschritt macht. In der Zeit der infolge der Brauerstreik entstandenen Bewegung ist die Mitgliederzahl von 516 auf 700 gestiegen. Doch steht noch eine Anzahl Kollegen der freien Organisation indifferent gegenüber. Das Bürgerliche Brauhaus, Brauer e. T. & S. p. e., die der Organisation der Brauer nicht angeschlossen ist, hat jetzt gleichfalls mit den Arbeitern einen Tarifvertrag abgeschlossen. Die Bedingungen sind auf die Lohnsätze sind dieselben, wie bei den Ringbrauereien. Der Lohnzuschlag beträgt aber auch hier bei den jugendlichen Arbeitern 2 Mt., bei den Brauerhandwerkern 3-4 Mt. pro Woche. Von den Arbeitern der Gasse- und Pfeiffhof-Brauerei wurde gefordert, daß die tariflichen Abmachungen nicht so ganz eingehalten würden, es finden in der Arbeitszeit zu viel Verschönerungen statt. Nach dem Vertrage soll die Arbeit früh 6 Uhr beginnen, das gleiche oder nicht durchgängig. Das Hauptproblem mußte noch immer 12 Stunden täglich tätig sein. Die Maschinen besaßen sind, das

ne seine Abbildung haben usw. Es wurde den Kollegen gesagt, sie haben nur das Recht, sich an die tariflichen Bestimmungen zu halten, sie sollen selbst ein Wort sprechen und nicht alles vom Vorstande verlangen. Ein Arbeiter brachte vor, im Tarif sei angedeutet, daß in Fällen von Krankheit oder Festlichkeiten in der Familie die bestimmte Zeit entschädigt wird. In seiner Familie sei ein Krankheitsfall vorgekommen, wofür er ein ärztliches Attest vorlegt, er habe dadurch Lohnverluste erlitten, aber sei nicht entschädigt worden. Dazu wurde bemerkt, daß allerdings dieser Fall dazu berechtigt, Entschädigung zu beanspruchen, die Gasse-Brauereiverwaltung habe aber nachgewiesen, daß in dieser Beziehung zu viel Mißbrauch getrieben werde, wenn die Arbeiter zu hochzeiten von Verwandten eingeladen werden, könnten sie keinen Lohnanspruch verlangen, nur wenn solche Feste in der eigenen Familie sich ereignen. Der Vorsitzende Auerbach will bei der Betriebsleitung, um eine bestimmte Regelung herbeizuführen, vorschlagen.

Die Vereinigung Breslauer Orchester-Verein und Breslauer Singsakademie veranstaltet auch in der bevorstehenden Saison zwölf große Abonnement-Konzerte, unter Leitung des Herrn Dr. Georg Dohrn, für die der öffentliche Billeterverkauf bei Julius Kainauer bereits begonnen hat. Zur Aufführung in den zehn Orchester-Konzerten sind von größter Wert unter anderem in Aussicht genommen: Sinfonie in G-dur von Mozart; Sinfonie in D-dur von Haydn; Sinfonie Nr. 3, VII, IX und Chorfantasie mit Klavier von Beethoven; Sinfonie Nr. IV, Serenade Adur Op. 16, Kapriole für Violine, Männerchor und Orchester und Doppelkonzert für Violine und Violoncello von Brahms; „Paradies und Peri“ von Schumann; Holländer-Operette und Bacchanal, Hobans Abschied und Feuerzauber aus der „Walpurgis“ und Siegfried-Zyklus von Wagner; „Don Quixote“, Antifonische Dichtung von M. S. Strauß. Ferner zum ersten Male Sinfonie Nr. 4 von Bruckner, Sinfonie G-dur (Manuskript) von Straesser und eine Lustspiel-Operette von Scheinpflug. — An Stellen sind für diese Konzerte vorläufig gewonnen worden: Gesang: Frau Hermine Bojert, Kammerfängerin aus München, Frau Ottilie Wegner-Froitzheim vom Hamburger Stadttheater, (I. Sänger) Herr Walter Soomer, Kammerfänger aus Leipzig; ferner für „Paradies und Peri“: Frau Lentje van Lammen aus Hannover, Fräulein Agnes Lehder, Herren Paul Reimers und Hans Gieseler aus Breslau; für Beethovens IX. Sinfonie: Frau Meta Geher, Fräulein Paula Weinbaum, Herren Albert Jungblut und Arthur van Ewehl aus Berlin. Klavier: Herren Artur Schnabel-Berlin und Raoul Bugno aus Paris; Violine: Herren Professor Henri Marteau aus Berlin und Ferencz Segebus aus Budapest; Violoncello: Herr Professor Hugo Becker aus Berlin.

Die Singsakademie bringt zur Aufführung in ihrem I. Konzert die Missa solennis von Beethoven, unter Mitwirkung von Frau Anna Strond-Kappel aus Darmen, Frau Flora Durigo aus Budapest, und den Herren Richard Fischer und Arthur van Ewehl aus Berlin; in ihrem II. Konzert das „Magnificat“ von Bach und den 100. Psalm von Max Regner (zum ersten Male). — Im I. Konzert am 19. Oktober wirkt der Kammerfänger W. Soomer mit.

Fahrkarten abgeben! Das Landgericht Nürnberg hat die Entscheidung gefaßt, daß nicht nur die noch nicht durchlochte Fahrkarte, sondern auch die bereits entwertete und abgefaßte als Urkunde anzusehen ist. Hiernach ist die Nichtablieferung von Fahrkarten, Kabinenausweisen usw., auch wenn mit der Zurückbehaltung oder Nichtablieferung ein Lebenslanger Freiheitsstrafe verbunden ist, strafbar, da eine solche Handlungswelt gemäß § 348 des Strafgesetzbuchs ein Vergehen der Urkundenverfälschung darstellt.

Der Fesselballon ist, der wahr ab des Breslauer Katholikentages mit einem Geistlichen aus Polen davongeflohen, ist jetzt in Kattowitz abermals verunglückt. Der Ballon war dort in letzter Zeit regelmäßig aufgeflogen worden, bis ihn gestern Mittag der Sturm erfaßte und in die Bäume warf, wodurch er zerfiel wurde.

Saut- und Blutkrankheiten, nicht Venenkrankheiten sind es, deren Übertragung durch das gemeinsame Schnapstrinken aus einer Flasche gefördert wird. In das gestrige Heft aus der „Deutschen Tageszeitung“ hatte sich ein sinnenstehender Fehler eingeschlichen.

Von einer Automobildrohsche überfahren und ein großes Stid geschleift wurde am Dienstag Nachmittag gegen 4 Uhr eine ältere Frau in der Nähe des Landgerichtes. Das Automobil mußte erst gehoben werden, um die Verunglückte, deren Kleider sich festgehalt hatten, aus ihrer gefährlichen Lage zu befreien. Mit Verletzungen an den Händen wurde die Frau durch eine Drohsche nach ihrer Wohnung geschafft. Ob noch andere Verletzungen in Mitleidenschaft gezogen sind, konnte im Augenblick nicht festgestellt werden. Ein Schuttmann war nicht zu sehen. Wie uns Augenzeugen des Vorfalls versichern, soll der Chauffeur kein Signal mit der Hupe gegeben haben.

100 Mt. Belohnung. Aus der Wohnung eines Kaufmanns auf der Hofstraße ist ein wertvoller Brillantring gestohlen worden. Der Ring hat einen großen und zu beiden Seiten je 4 kleine Brillanten. Der Diebstahl hat auf die Wiedererlangung des Ringes 100 Mt. Belohnung ausgesetzt.

Aus Schlesien und Posen.

Zentrumskarten in Oberschlesien.

In Ratibor ist im Frühjahr dieses Jahres für die Laubstummennarbeit ein neuer Direktor gewählt worden, der zwar sonst sehr tüchtig, aber leider evangelischer Konfession ist. Durch diese Ernennung halte der Verwaltungsrat es gerätlich mit den Zentrumskartägen verbunden, und die beschloßen, ihm das Leben sauer zu machen. Der „Oberschlesische Anzeiger“ berichtet darüber: Der Verein für den Unterricht und die Erziehung Laubstummer aus dem Regierungsbezirk Oppeln in Ratibor hielt seine Jahresversammlung ab, welche eine Beteiligung aufwies, wie nie zuvor in den 17 Jahren seines Bestehens. Der Verwaltungsrat war vollständig erschienen, von den Mitgliedern waren 77 (durchweg Angehörige der Zentrumspartei) erschienen. Wie im Vorjahre, so hatte auch diese Partei wenige Stunden vor der Sitzung 48 neue Mitglieder ausgeben, welche vollständig anwesend waren, um bei den Wahlen in den Verwaltungsrat Männer ihrer Parteirichtung zu wählen. Vor Eintritt in die Tagesordnung richtete Oberkaplan Strzyz, der mit etwa 20 Amtsbrüdern (!) an der Sitzung teilnahm, an den Verwaltungsrat die Anfrage, warum auf der Tagesordnung neben der Neuwahl nicht auch eine Ergänzungswahl für den aus dem Verwaltungsrat ausgeschiedenen Apotheker Neufel ansetze. Oberbürgermeister Bernert erklärte, hierauf bei der Wahl selbst Auskunft geben zu wollen. Nach Eröffnung des Jahres- und Kassensberichts kam der Oberbürgermeister auf die Interpellation Strzyz zurück. Er stellte das Schreiben des Herrn Neufel mit, in welchem dieser die Niederlegung seines Amtes anzeigte. Die Neuwahl sei dann auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt worden. Am Tage aber, an welchem die öffentliche Bekanntmachung der Tagesordnung in den Blättern statutenmäßig erfolgen mußte, sei bei dem Vorsitzenden ein zweites Schreiben des Herrn Neufel eingegangen, in welchem dieser mittelst, er habe sich bei seiner ersten Entschließung in dem Forum befunden, daß er infolge des Verzuges von Ratibor sein Amt niederlegen müsse. Nachdem er aber darüber aufgeklärt worden sei, daß er auch dem Verwaltungsratsmitglied werden könne, wenn er außerhalb des Bezirkes wohne, habe er die Erklärung über seine Amtsniederlegung zurück. Auf Grund dieses Schreibens, so fuhr Oberbürgermeister Bernert fort, habe er die Entscheidung von der Tagesordnung gestrichen. Die Entscheidung eines Beschlusses des gesamten Verwaltungsrates ist

wegen der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen, wozu er es davon überzeugt gewesen, daß mit der Zurücknahme der Amtsniederlegung durch Herrn Neufel dieser Punkt der Tagesordnung gegenstandslos geworden sei. Dieser Ausführenden widersprochen natürlich die Kartägen und Zentrumskartägen. Die einmal von Herrn Neufel abgegebene Erklärung von seiner Amtsniederlegung sei definitiv. Schließlich beschloß der Verwaltungsrat, sofort in eine Beratung darüber einzutreten, ob eine Neuwahl für Herrn Neufel statufinden habe oder nicht. Nach halbständiger Beratung erklärte der Oberbürgermeister, daß der Verwaltungsrat beschloßen habe, der Verammlung die Entscheidung darüber zu überlassen, ob eine Neuwahl für Herrn Neufel statufinden solle. Dies wurde natürlich von der Generalversammlung beschloßen. Hierauf erklärte der Vorsitzende, daß die Neuwahl statutengemäß auf der Tagesordnung der Verammlung stehen müsse und deshalb der Verwaltungsrat diese Wahl in einer neuen, in einigen Wochen anzuberäumenden Generalversammlung vornehmen lasse. Hierauf fand die Wahl eines Verwaltungsratsmitgliedes anstelle des infolge Ablaufs der Wahlperiode ausscheidenden Stadtrats-Doms statt. Dieser wurde von den zusammengetretenen Zentrumsmännern glatt hinaus und dafür ein Zentrumsmann gewählt. Dann richtete Herr Strzyz eine neue Interpellation an den Verwaltungsrat. Er habe kürzlich in einem Blatte gelesen, daß drei Mitglieder des Verwaltungsrates für ihre Tätigkeit Remuneration erhalten. Dies entspreche nicht den Statuten. Oberbürgermeister Bernert wies sofort nach, daß die Generalversammlung vom 29. September 1884 beschloßen habe, den drei Verwaltungsratsmitgliedern, deren Tätigkeit außerhalb der Sphäre eines Verwaltungsratsmitgliedes liege, eine Remuneration von zusammen 2200 Mark zu gewähren.

Damit mußten sich die Zentrumskartägen zufrieden geben. Im übrigen aber hatten sie ihren Willen durchgesetzt. Als ob es nicht gleich wäre, wenn in einem logischen Institut katholische oder Männer anderer Glaubens sitzen. Die Hauptsache ist, daß sie von der Wichtigkeit ihres Amtes überzeugt sind. Darauf scheint es aber den Zentrumskartägen weniger anzukommen.

Staatsgefährlicher Sänger.

Die „Kreuzzeitung“ hat eine neue Seite der polnischen Gefahr entdeckt. Das Junferthal berichtet von den Erfolgen, die ein nach Dberfließia besetzener Ledermeister mit der Pflege des polnischen Gesanges erzielt habe. Das Blatt weist darauf hin, daß diese Erfolge den Anstoß dazu gegeben haben, daß die Verbreitung des polnischen Gesanges nur auch im Westen der Monarchie und zwar zunächst im Rhein- und Ruhrgebiet mehr forciert werden sollen. Ein Ledermeister sei bereits nach diesen Gebieten abgegangen.

Nachdem die Polen in ihren Versammlungen nicht mehr polnisch reden dürfen, wird sich der vordlich-deutsche Polizeistat wohl mit der Frage befassen müssen, ob man nicht auch den polnischen Gesang verbieten könne.

Brieg, 6. Oktober. Gefährlicher Kinderstreu. Verhaftet wurde Mittwoch früh ein Mann, der unter Versprechung von Geschenken ein 8 Jahre altes Kind in seine Wohnung gelockt und dort unzüchtige Handlungen an ihm vorgenommen hatte.

Sprottau, 6. Oktober. Erfreuliche Beschlüsse. Die Mitglieder der hiesigen Gruppen des Gewerbevereins hielten am Sonnabend eine Verammlung ab, in der sie zur Erhöhung der Bierpreise und des Branntweins Stellung nahmen. Sie erklärten: in allen zu verzeimerten Preisen verankerten Gastwirtschaften sich des Biergenusses so lange zu enthalten, bis die alten Preise wieder hergestellt sind, und den Schnapsgenuss in jeder Form zu meiden, um damit den Schnapsjunkern die richtige Steuererregung auszustellen. Die Verammlung ersuchte zum Schluß sämtliche Arbeiter, sich dieser Resolution anzuschließen.

Einwohner-Vereinigung. Eine vom Gemeindevorstand abberufene öffentliche Versammlung, an der circa 450 Personen teilnahmen, nahm nach eingehender Diskussion über die hiesigen Verhältnisse, welche den Mangel des Bürgermeisters von seinem Posten zur Folge hatten, eine Resolution an, in welcher sie den Regierungspräsidenten ersuchen, so schnell wie möglich einen Regierungskommissar zu entsenden, damit dieser die vom größten Teil der Einwohner behaupteten, vom Magistrat aber in Abrede gestellten Vorkommnisse, unterlasse. Weiter heißt es in der Resolution, daß diese Untersuchung, sei es in den Rassenverhältnissen oder sei es in allen übrigen Zweigen der städtischen und Landesverwaltung, wird unserer festen Überzeugung nach ein solches Ergebnis haben, welches unserer wiederholten Beschwerden vollstän verifizieren wird. Wir übernehmen keine Verantwortung für die event. Folgen, welche wir bekräftigen, sollte nicht umgehend unserer Bitte hochgeneigt entgegen werden. Auf den Ausgang dieses Kommunalkonfliktes kann man gespannt sein.

Penzance, 6. Oktober. Aus dem Fenster gestürzt. Einen bösen Fall tat Montag Mittag der vier Jahre alte Sohn des Bergmanns Grane. Er fiel aus dem Fenster der im dritten Stock gelegenen Wohnung. Glücklicherweise wurde die Wunde des Knaben durch die elektrischen Leitungsdrähte, auf die das Kind fiel, gemildert. Außerdem wurde es durch die Spannkraft der Drähte bei Seite geschleudert, so daß es nicht an das Steinpflaster, sondern auf weiche Erde fiel. Trotzdem erlitt es schwere Verletzungen. Durch den Anstoß auf die Drähte fand eine Verbindung der letzteren statt, so daß in den nächstliegenden Häusern Kurzschluss eintrat.

Öblich, 6. Oktober. Folgen der Eiserjuden. Der Krankenwärter Seibel aus Breslau hatte am 6. Juli er die 21jährige Schneiderin Lange aus Eiserjuden zu erschlagen versucht. Die Verletzte konnte nach 3 Wochen das Krankenhaus als geheilt verlassen. Am Montag kam die Affäre vor dem Schwurgericht in Öblich zur Aburteilung. Seibel wurde der vorsätzlichen schweren Körperverletzung für schuldig befunden und zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt.

Öblich, 6. Oktober. Duellfrage. Dienstag früh fand zwischen einem sich in Öblich beschuldigt aufhaltenden Offizier und einem Studenten ein Pistolenduell statt. Der Offizier erhielt einen Schuß in den Leib.

Wolfsheim, 6. Oktober. Verschunden. Hier ereignete es großes Aufsehen, daß der Amtsgerichtsekretär Wittwer, der am Donnerstag nach Ablauf seiner Urlaubzeit wiederum seinen Dienst antrat, gleich wieder verschunden ist. Seine Flucht wird mit großen Schanden in Verbindung gebracht, für die wohl seine Freunde, die für ihn gebüßt haben, werden eintreten müssen. Wittwer wurde in Öblich verhaftet.

Landeshut, 6. Oktober. Ein neues Glas. Ein halbes Duzend Streitfänger auf einen Zug beziraten am vergangenen Donnerstag die Anklagebank des hiesigen Schöffengerichts. Alle sechs sollen großen Unfug durch „Streitpostenfischen“ und „Belästigung“ der Unternehmerlichen begangen haben. Am 22. Juli bezw. 14. August sollen die Angeklagten den Schöffengerichtsbau, auf welchem ein Streitbrecher arbeitete, „belagert“ haben. Die Angeklagten bestreiten jede Schuld, sie haben lediglich ihre Pflicht als Streitposten getan, von einer Belästigung könne keine Rede sein. Der Arbeitshilfsliche Lorenz sagt unter dem Zeugeneid aus, er habe den Neubau verlassen wollen, um Landeshut wieder den Rädern zu fahren. Als er aber von oben die Streitposten hinten und vorn habe sehen sehen, habe er sich gestürzt; den Bau zu verlassen. Es sei dann ein Polizist herangerufen worden, der ihn zur Stadt hinauszogelockt habe. Der Angeklagte W. soll den heißen gefolgt sein und sich Belästigungen haben zu Schulden kommen lassen, die eine Verurteilung des Bültums herbeiführen hätten. Man soll bei Arbeitslosigkeit in seinem Bezirk einmal angeklagt und auf des Verweigerung seines Beginns auffmerksam gemacht worden sein. Auf die Frage des Richters, ob denn ein Grund zur Verurteilung vorhanden gewesen sei und ob er dieselben, die ihn belästigt hätten, auch keine, steht der Angeklagte der Verurteilung nach an und kann sich nur auf W. beziehen. Im übrigen meint er, es sei alles in Ordnung.

und gezeugt sei ihm nicht worden. Damit fiel die lange Anklage in sich selbst zusammen. Der Anklagewort be-
antragte für 24 stündige Gefängnis, bei dem übrigen Frei-
sprechung. Der Richterhof verurteilte M. zu einem Tage
Gefängnis und sprach die anderen frei. Mit meinen
die Ungültigkeit der Anklagematerialien hätte sich schon bei
der Voruntersuchung müssen herausstellen und es wäre nicht nötig
gewesen, eine so große Staatsaktion aus einer so harmlosen
Sache zu machen. Viel Mühe mit seinen Anklagen hat das
Landesgericht Schöffengericht bisher nicht gehabt.

Goldberg, 5. Oktober. Aus dem Stadt-Parlament.
Nach Kenntnisnahme von den Berichten vorer Kassenverwalter
wurden als Beisitzer zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen
die Herren Weierlein und Gottschling, als deren Stellvertreter die
Herren Scholz II und Scholz gewählt. Sodann wurde die Auf-
nahme einer Anleihe im Betrage von 10.000 Mark zur Deckung von
unbestimmten Kosten bei den Rentanlagen des Wasserwerks aus der
städtischen Sparkasse beschlossen. Hieran wurde der Erhöhung des
sämtlichen Verzinsungssatzes von 65 auf 75 Pfg. sowie einer Kosten-
überhöhung bei der Anlage der Rinnsteine auf der Promenade im
Betrage von 395 Mark zugestimmt. Bei großen Regengüssen ist der
Sand auf dem Promenadenwege vom Krause'schen Hause bis zur
katholischen Kirche stets weggeschwemmt worden und eine Erneuerung ist
immer mit Kosten verbunden. Diefen Unbequemlichkeiten soll durch Anlage
von Rinnsteinen sowie einem Abflussschacht abgeholfen werden. Die
Kosten hierfür betragen 508 Mark und werden aus den nächstjähri-
gen Sparkassen-Uberschüssen bewilligt. Ebenfalls wurde 845 Mark
für die Renovation des Kassenlokal bewilligt. Schließlich wurde noch
ein Antrag angenommen, an der Schmiede vom Mühlgraben bis
zum Abflussschacht ein Geländer anbringen zu lassen. Hieran folgte
eine geheime Sitzung.

Jegenwald, 6. Oktober. Messerheld. Der Schmied
Admita von hier geriet in der Nacht zum 15. August d. J. in
Jegenwald mit dem Müllerjungen Schiel aus Arnoldsdorf in
Streit, in dessen weiteren Verlauf er seinen Gegner mit dem
Taschenmesser in der Brust des rechten Weils nach Schiel
hinein an Schultern, Armen und Beinen drei- bis viermal stechen ließ,
dass der behandelte Arzt zum Verändern der Wunden 36 Nadeln
brauchte und der Wundtiefen so groß war, dass es den Arzt selbst
wunderbar, dass Schiel am Leben blieb. Auf die Hilfe des Schmer-
verlegten eilte sein Freund, der Arbeiter Semptner, hinzu, der
dem Wundtiefen zu entziehen versuchte. Dabei erhielt er eben-
falls einen Messerstoich in den linken Oberarm. Schiel musste drei
Wochen arbeitsunfähig. Mit Rücksicht auf seine außerordentliche
Robust wurde Ludwig zu zwei Jahren Gefängnis ver-
urteilt.

Krausnabel, 6. Oktober. Vari bestraffter Be-
trug! Von der Staakammer wurde der Schwarzbiebender
Birnath aus Ober-Glogau zu drei Monaten Gefängnis
verurteilt, weil er sich eines Tages ein Billet vierter Klasse nach
Kattowitz gelöst hatte und dann eine Teilschneide dritter Klasse ge-
kauft war. Anstatt nach erfolgter Revision sechs Mark in Katto-
witz nachzugeben, ließ er es auf eine Anklage ankommen, welche, da
er schon wegen Betrugs verurteilt war, ihm die drei Monate
zuzugab.

Krausnabel, 6. Oktober. Ballonlandung. In
Plaschewitz landete am Montag Nachmittag gegen 2 Uhr der
von Gordon-Vennet-Wellington in Böhren aufgestiegene französische
Ballon "Picardie" nach 22 stündiger Fahrt ohne Schwierigkeiten.
Die Fahrt war eine sehr unglückliche, fortwährend hatten die Pas-
sagiere mit Regen zu kämpfen. Von den 17 Ballons, die am
Sonntag in Böhren aufstiegen sind, haben 13 ihre Landung ge-
meldet, davon 5 in Schlesien, 2 in Niederschlesien, 3 in Ober-
schlesien und 1 im Kreise Dels. Die anderen sind in Wäthern gelandet.

Woszn, 6. Oktober. Pelzschund und Eisen-
bahnrevolver. Mit großem Erfolg hat der Berliner Polizei-
hund "Frida" gearbeitet, der, wie gestern gemeldet, zur Auf-
klärung eines Eisenbahnrevolverfalles mit Berliner Kriminalbeamten
nach Opalenka in Polen gefahren worden ist. Der Hund
"Frida" erhielt am Tatort Ditterung und verlor sofort eine
Spur, die durch einen Wald hindurch nach der Wohnung eines
leibenden Streckenarbeiters Wallnida führte. Dort
land der Hund in der Behausung in einer Ecke unter Gerümpel
einen Schraubenzieher, den er sofort seinem Führer
überbrachte. Es ist augenscheinlich der Schlüssel, mit dem der
Täter die Leichen gelöst hat. Wallnida, der zu Hause war, fiel
angesehen des Beamten und des Hundes auf die Knie und flehte
die Mutter Gottes an. Er bestritt erst, am Tatort gewesen zu

sein. Als ihm bald darauf eine Frau gegenübergestellt wurde,
die ihm am Freitag Abend dort gesehen hat, gab er zu, in der
Nähe gewesen zu sein. Mit dem Anschlag will er aber troh-
dem nichts zu tun haben. Er wurde darauf in eine größere
Menschenmenge hineingestellt. "Frida" erhielt noch einmal Ditter-
ung, ging in die Menge hinein, flüchtete sofort Wallnida, nahm
ihm den Schlüssel ab und brachte diesen ihrem Herrn. Wallnida ist
im Juli d. J. aus dem Dienst entlassen worden, weil ihn der
Bahnmessler als unzuverlässig erkannt hatte. Seitdem
hat er wiederholt gedroht, er werde dem Bahnmessler für seine
Entlassung etwas eintränken, an das er zellebens denken soll.
Wallnida erscheint so schwer belästet, daß er verhaftet
wurde.

Bromberg, 5. Oktober. Vellagenswerte Ju-
stände in der Metallindustrie haben die Arbeiter
dieses Berufes zu beklagen. Bromberg hat zwar eine für seine
Verhältnisse ausgeübte Metallindustrie, was aber glaubt, daß
die Metallarbeiter in ihren Wirtschaftsverhältnissen mit anderen
Arbeiterkategorien anderer Berufe in der Entwicklung gleichen
Schritt gehalten haben, ist ganz gewiss. Löhne von 22, 25
bis 38 Pfg. pro Stunde werden fast allgemein gezahlt. Die
Behandlung ist fast durchweg eine unwürdige. Die Untrei-
beret eine geradezu ungeschickliche. Nur ein
Beispiel. In der Fabrik Eberhard werden weit mehr als 100
Arbeiter beschäftigt. Stundenlöhne schwanken zwischen 25 und
35 Pfg. Ein Arbeitssystem ist eingerichtet, welches neben inten-
siver Ausbeutung auch die Mühseligkeit miteinbezieht. Jeder
Vorarbeiter kommt sich als Vorgesetzter vor, jeder Werkführer
als Befehlshaber, der Oberingenieur als Direktor usw. Damit
die Arbeiter recht fleißig sind, wird vom Brückenmeister erklärt:
"Es ist alles Afford, wer recht fleißig ist, erhält einen Ueber-
lohn von mindestens 50 Mark." Daß bei solchen Verpflich-
tungen recht fleißig gearbeitet wird, ist unter den obwaltenden
Lohnverhältnissen nur zu begreiflich. In der sogenannten oder
benannte Afford dann fertig, so wird den armen Arbeitern, die
an dem Profit des Unternehmers so intensiv mitgearbeitet haben,
eröffnet, daß nichts übrig geblieben ist und demzufolge kein
Ueberlohn ausgezahlt werden kann. Würden diese Arbeiter sich
nur beschweren, so erfolgt die Entlassung auf dem Fuße.
So sind die Arbeitsverhältnisse und in ähnlicher Weise auch die
familiären. Da ist zum Beispiel die Waschgelegenheit vollständig
unzureichend, Seife ist Luxus. Für die vielen Arbeiter ist nur
in Abstrichraum der Sitzabgelegenheit für 1 Person ohne irgend-
welche Teilung hat, vorhanden. Täglich wird dieser Abort
nur einmal gereinigt und durchgespült. Der Raum ist zu klein.
Die Wasseranlage befindet sich gegenüber der Abortabgelegenheit.
Bei Benutzung ergeben sich Unzukümmlichkeiten. Das sind Ju-
stände, die schleunigst beseitigt werden müssen, aber für Arbeiter
ist das Schlechteste gut genug. Bedauerlich ist die Tatsache, daß
die Arbeiter, die nur gering organisiert sind, nicht den Mut
finden, auf Abänderung zu drängen. Abhilfe kann nur eine
starke Organisation schaffen, und das ist der Deutsche Me-
tallarbeiter-Verein. Darum hinein in den-
selben.

Bromberg, 6. Oktober. Der Vorsteil der Revisions-
instanz. Vom hiesigen Schwurgericht wurde die Bäckerfrau
Janowska wegen Brandstiftung freigesprochen. In der letzten
Schwurgerichtsperiode war sie zu zwei Jahren Zuchthaus
verurteilt worden. Nach eingeleiteter Revision, der stattgegeben war,
erzielte sie nun ihre Freisprechung. — Wäre in der ersten
Verhandlung nicht ein prozessualer Verstoß vorgekommen, dann
hätte die Angeklagte unweigerlich 2 Jahre Zuchthaus abtun müssen,
denn gegen die Beurteilung an sich kann man keine Revision
einlegen.

Ramisch, 6. Oktober. Seinen Verletzungen er-
legen ist der Arbeiter Martin Gregel aus Niermarzhn, der von
einem Zuge der Rhein-Havelländer Eisenbahn zwischen Gorchow und
Ehoyno überfahren wurde.

Arbeiterbewegung.

Differenzen auf der Remscheider Eisenhütte. Schon
längere Zeit beklagten sich die Former über die fortgesetzten Afford-
reduktionen. Des öfteren mußte der Fabrikabschluss vorstellig werden,
die Betriebsleitung machte dann Versprechungen, die aber meistens
nicht gehalten wurden. So reichten sich Differenzen an Differenzen.
Denn kam, daß eine Arbeitsrichtung dem besonderen Widerspruch
der Arbeiter hervorrief. Die Lehrlinge müssen nämlich dazu dienen,
die Herstellungskosten der Fabrikate zu verringern. Wurde z. B. ein

Stück mit Hilfe des Lehrlings zu einem bestimmten Preis gemacht
so mußte dasselbe Stück zum zweiten Male ohne Hilfe
des Lehrlings, jedoch für denselben Preis ge-
macht werden. Es ist vorgekommen, daß bei Wiederholungen
der Arbeit der Preis durch dieses System immer weiter herunter-
gedrückt wurde. In den letzten Tagen sollte eine Grundplatte für
Elektrizitätsmaschinen gemacht werden. Die Platte hatte ohne Hilfe
des Lehrlings 60 Mk. gekostet, dann wurde sie mit Hilfe des Lehrlings
für 60 Mk. hergestellt, und jetzt sollte sie sogar ohne Hilfe des
Lehrlings für 65 Mk. gemacht werden. Der Former lehnte
dieses ab, worauf er ohne Einhaltung der Kündigungsfrist entlassen
wurde. Wer nun vielleicht glaubt, die Firma bezahle auf Grund
der niedrigen Affordhöhe den Lohn der Lehrlinge selbst, der irrt sich,
denn nicht nur den Lohn, sondern sogar die Helt, die der Lehrling
narricht in der Fabrik ist, muß der Former bezahlen. Aus
allen diesen Gründen machten die Former der Firma den Vorschlag
die sämtlichen Lehrlinge unter Aufsicht von zwei Formern zu stellen
und selbständig arbeiten zu lassen, wie es in den meisten dortigen
Betrieben üblich ist. Die Firma lehnte diesen Vorschlag ab mit der
Begründung, daß sie nur durch das bisherige System konkurrenz-
fähig bleiben könne. Darauf beschloßen die Former, bei neuen
Affordvereinbarungen die Mitarbeit der Lehrlinge abzulehnen, was
nun auch geschehen ist.

Die Arbeiter, die nun zuerst mit ihrer Arbeit fertig waren,
wurden ohne Einhaltung der Kündigungsfrist entlassen. Hieran reichten
Sonabend, den 2. Oktober, sämtliche Former und Kennmacher die
Kündigung ein.
Voranschichtlich wird es zu einem schweren Kampfe kommen, der
aber alle Aussicht auf einen guten Erfolg hat. Nur gilt es, jeden
Zug von Formern und Gewerkschaften fernzuhalten. Alle Ar-
beitsangebote sind zurückzuweisen.

Lohnbewegung der Binnenschiffer auf der Elbe.
Nachdem die Selbstverwaltung der Binnenschiffer einer Anzahl Firmen
die Kündigung für die Schiffer hat zugeben lassen, hat es den An-
schein, als wenn es doch nicht alle auf einen Kampf ankommen lassen
wollen. Obwohl die Frist für Zustellung der Antwort der Unter-
nehmer erst am 15. d. M. abgelaufen ist, hat die Firma
W. W. J. Langer mit den Binnenschiffern erklärt, den Vertrag an-
zuerkennen. Werden die übrigen Firmen diesem guten Beispiel
folgen? Auf der Saale scheint die Bewegung einen größeren Um-
fang annehmen zu wollen, da hier die einzelnen kleinen Firmen sich
anscheinend gegenseitig aus der Klamme helfen wollen. Sollte es
hier zur Arbeitseinstellung kommen, was, da Verhandlungen ange-
bahnt sind, sich erst am Schlusse der Woche sagen lassen wird, so
wird diese einmütig erfolgen, da die Frachttarife fast ausnahmslos mit
Mannschaften aus dem Saalegebiet besetzt sind und diese alle
lange und gut organisiert sind.
Die Firma Mann aus Halle scheitert bei dieser Bewegung aus,
da sie dem Arbeitgeberverbande angehört und somit dem Tarifvertrage
schon untersteht.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags v. 12—1 Uhr Mittags.
Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.
N. N. 14. Ein Mann, der 21 Jahre alt ist, kann ohne Er-
laubnis des Vaters oder Vormunders heiraten.
A. Schichtwerderstraße. Der Wirt ist verpflichtet, die
Marken für das ganze Jahr nachzuliefern.
S. W. Den Legitimationschein nach § 43 der Gewerbe-
ordnung zum Verteilen von Druckschriften usw. bekommen Sie von der
Polizeiverwaltung. Dieser Schein, der immer nur für ein Jahr gilt,
muß kostenlos ausgestellt werden.
R. Bries. Vergütungen von Vereinen, die nur für die
Mitglieder, deren Angehörige und eingeladene Gäste veranstaltet
werden, sind der Polizei nur anzugeben; es ist nicht notwendig,
um eine Genehmigung zu bitten.
Weißstein. Sind Dienstreise Mitglieder einer Krankenkasse,
so muß ihnen das statutenmäßige Krankengeld gezahlt
werden.
F. J. Liegnitz. Derartige Schwindelinferate werden von
uns jeden Augenblick im lokalen Teile besprochen.
A. J. Nach dem neuen preussischen Stempel-Steuergesetz vom
30. Juni 1909 kostet der Stempel für die Naturalisation eines Aus-
länders 150 Mark (früher 50 Mark). Bei Bedürftigkeit kann der
Stempel bis auf 5 Mark ermäßigt werden.
G. Trebnitzstraße. 1. Wurde die Scheibe von Ihren An-
gehörigen zerbrochen, so müssen Sie ihr Ersatz sorgen. 2. Was das
Wort bedeutet, konnten wir nicht ermitteln; schicken Sie uns das
Schriftstück, worin es vorkommt. Sie haben das Wort offenbar
falsch verstanden oder unrichtig abgeschrieben.

Am 5. Oktober, früh 8 Uhr, verschied sanft nach
langen, schweren, mit grosser Geduld ertragenen Leiden
unsere innigstgeliebte gute Mutter, Gross- und Schwieger-
mutter, Schwägerin und Tante, die verw. Werkmeister
Frau Pauline Opitz geb. Ritter
im Alter von 64 Jahren 11 Monaten.
Dies zeigen schmerz erfüllt an
Die tieftrauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Freitag, des 8. Oktober,
nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Sternstrasse 138, nach
dem alten luth. Friedhofe, Menzelstrasse, statt. 4688

Am 4. Oktober, nachmittags 6^{1/2} Uhr, starb plötzlich und
unerwartet unser lieber Vater, Schwieger-, Gross- und Urgross-
vater, der Schlosser
Ferdinand Weniger
im Alter von 72 Jahren 7 Monaten. 4684
Dies zeigen schmerz erfüllt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Freitag, nachm. 3 Uhr, vom Allerheiligen-Hospital
nach dem evang. Friedhof in Cosel. Trauerhaus: Hildebrandstr. 14.

Am 4. d. Mts. verschied plötzlich unser Kollege und früherer
Mitarbeiter, der pensionierte Schlosser
Ferdinand Weniger
im Alter von 72 Jahren. 4692
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die freiergenossenen Kollegen der E. A. G. für Eisenbahn-
Wagenbau, Abteilung II.
Beerdigung: Freitag, nachm. 3 Uhr, vom Allerheiligen-
Hospital aus nach Cosel.

Berichtigung.
Die Beerdigung der Frau
Anna Kosechke geb. Philipp
erfolgt am 2^{1/2} Uhr statt. 4691

Lehrfräulein
zur Damenfondation kann sich melden bei
Krausnabel, Erbsengasse 38a, Eingang
Friedrichstraße. 4690

Ein 14—16 Jahre altes 4683
Mädchen
zu häuslicher Arbeit nach Kattowen tagelöhner
per halb gesucht See, Sternstr. 71, III.

Chol. Scharlachkranken
in und außer dem Hause können sich melden
4686 Galvinst. 28, II.

Hühnerfleisch, gr. Korb.
beides gut erhalten, billig zu verkaufen
4685 Größtstrasse 81, ptr. 2.

Pfandleihe
67 Fr. Wilhelmstraße 67, I.
Kredit: Gold, Uhren, Waagen,
Kleidung, Betten u. s. w.
4681 Reibstr.

Spül-Spritzen
beste Fabrikate
von Mk. 4.— an!
Sämtliche Gummi-Waren.
Hygienische Artikel etc.
4579
Cochran-Druggerie
Breslau X
Gerlach, Gaisenauplatz 4.
Privat-Redaktion 3. Etage.

ILGROS 30, 30, 35 stets am Lager,
H. Ripp, gewalzt 15, fertig 20
hell Bely 1^{1/2}, Deckel 3,30, Pfla. 35
off. Kammeler Str., Frd.-Wilhelmstr. 2.
Stengel (jed. Quant.) in Zähl. 4578

Damen-Filzhüte
billig direkt in der Fabrik
Freund & Krebs
Haupt-Geschäftsstelle 11, Ost.
Filzhüte werden modernisiert. 4405

Zigaretten nach Maßberechnung von
25 bis 100 Stk. 4682
Zigaretten-Expres
Friedrichstraße 28, II. 4439

Buchhandlung Volkswacht.
Für Gleichheit, Frauen-
bildung, alle 14 Tage. . . 610

Gefunden

haben Hunderttausend Hausfrauen, daß man wesentliche
Ersparnisse macht, wenn man täglich Kathreiners Malzkaffee
verwendet. Kathreiners Malzkaffee ist unschädlich, wohl-
schmeckend und dabei außerordentlich billig. Das letztere
ist bei den jetzt so teuren Zeiten sehr beachtenswert. Man
hüte sich vor Nachahmungen und vor lose ausgewogenem
Malzkaffee, der oft weiter nichts wie gebrannte Gerste ist!

Persil

Das
vollkommenste, wirklich selbstver-
Waschmittel
von unerreicher Wirkung! Gibt unbesch-
ädelt weisse Wäsche bei jeder Scho-
nung der Gewebe. Pakete 1/2 und 3/4 Pfg.
Überall erhältlich. Sämtliche Packungen.
Reinhold & Co., Düsseldorf.

Eduard Kornstein:
Die
verschiedenen Formen
des Wirtschaftslebens.
Preis 20 Pfg.
Buchhandlung Volkswacht.

Neuere, billigste Einlaufquelle von
Wäbel-Ausstattungen
von einfachsten bis zum elegantesten Genre. — Goldste Arbeit. —
307 5 Jahre Garantie. —
G. Roth, Breslau, Reußstraße 2, pt. 1. u. 2. Etg.
Eigene Werkstatt. — Begr. 1876. — Ratgeber für Wohnungsbedingungen. 4302

